

Inhaltsverzeichnis

Der Grundsatz des bedingungslosen Grundeinkommens	3
Das bedingungslose Grundeinkommen: Umwertung der Werte	12
Grundeinkommen und globaler Kapitalismus	24
Soziale Gerechtigkeit	29
Grundeinkommen und Steuerwesen	34
Politische Machbarkeit: Bedingungsloses Grundeinkommen und Demokratie	51
Die Finanzierung des Grundeinkommens	55
Schlussfolgerung	68

Für eine wirklich liberale Wirtschaftsordnung

Bernard Kundig

ISBN 978-2-9700552-3-5

BIEN-Schweiz
Hefte zum Grundeinkommen Nr. 2
Genf 2008

Hefte zum Grundeinkommen

Nr. 2: Für eine wirklich liberale Wirtschaftsordnung

Bernard Kündig

Das zweite Heft der Grundeinkommensreihe von BIEN-Schweiz¹ beschäftigt sich mit einigen zentralen Aspekten des bedingungslosen Grundeinkommens, wie sie im Verein BIEN-Schweiz diskutiert werden, sowie mit damit verbundenen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zielsetzungen. Im zweiten Teil komme ich nach der Vorstellung und Diskussion der wichtigsten Finanzierungsoptionen auf jenes Modell, das mir das vernünftigste zu sein scheint.

In den Heften zum Grundeinkommen veröffentlicht BIEN-Schweiz in unregelmässigen Abständen Beiträge, welche sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen bzw. Aspekten davon beschäftigen, sowohl im nationalen Schweizer Kontext als auch international bzw. im theoretischen Bereich.

Die Beiträge geben die persönliche Meinung der AutorInnen wieder und können von diskutierten Positionen von BIEN-Schweiz abweichen.

Bernard Kündig

*1945, Vizepräsident BIEN-Schweiz
wohnhaft in Genf

¹ Basic Income Earth Network (B.I.E.N)

Das Prinzip des bedingungslosen Grundeinkommens

In ihrer Grundeinkommens-Charta stützt sich BIEN-Schweiz hauptsächlich auf eine grundsätzliche Feststellung ab². In aller Knappheit wirft sie einen historischen Blick auf unser Projekt. Bekanntlich ist «nichts so stark wie eine Idee, deren Stunde geschlagen hat» (Victor Hugo).

Die tief greifenden Umstellungen unserer Gesellschaft und der Welt insgesamt sind bekannt; wir kommen darauf später zurück. Das bedingungslose Grundeinkommen versteht sich als eine grundsätzliche Reform der sozialen Sicherung als Antwort auf diese radikalen Veränderungen. Auch die Finanzierungsfrage ist aus dieser Optik zu untersuchen.

Gemäss der Charta wird das Grundeinkommen so eingerichtet, dass es allen Personen unter allen Umständen ein Leben unter würdigen Bedingungen erlaubt. Grundsätzlich ist es für alle Personen identisch³, wird automatisch allen Individuen ausgerichtet, die dauerhaften Wohnsitz in unserem Land haben⁴, ohne Bedingung einer wirtschaftlichen Tätigkeit oder eines finanziellen Bedürfnisses, unabhängig vom Zivilstand oder von der Arbeitsfähigkeit.

- Es wird den Individuen ausgerichtet und nicht den Haushalten.
- Es wird ohne Berücksichtigung anderer Einkommens- oder Vermögensquellen ausbezahlt.
- Seine Auszahlung hängt nicht von der Verpflichtung für ein Beschäftigungsangebot oder vom Nachweis der Arbeitsunfähigkeit ab.

² Für Minderjährige ist ein ermässiger Tarif denkbar.

³ «In den letzten Jahrzehnten hat die Gesellschaft tiefgreifende Veränderungen erfahren. Die Instabilität der neuen Arbeitsformen, die demographische Entwicklung und die wachsende Vielfalt der Familienlagen überfordern die geltenden sozialen Sicherungssysteme, die sich zunehmend mit Präkarität und gesellschaftlichem Ausschluss verbundenen Angstzuständen konfrontiert sehen. Das System, das allen Bürgern hinreichende finanzielle Mittel zum Leben garantieren soll, muss neu durchdacht werden.» BIEN-Charta, Einführung: Bestandaufnahme.

⁴ Wie wir weiter unten noch sehen werden, wird es vermutlich notwendig sein, eine andere Lösung für die ersten Immigrationsjahre einzuführen (z.B. eine Karenzzeit).

Für das Grundeinkommen ist also keinerlei Gegenleistung erforderlich und auch keine andere Form von Verpflichtung oder Kontrolle. Es handelt sich um ein primäres, rechtlich garantiertes Einkommen für sämtliche Personen aufgrund ihrer Existenz und nicht aufgrund ihrer Arbeitsunfähigkeit.

Das Grundeinkommen wird zur primären Einnahmenquelle aller EinwohnerInnen bzw. BürgerInnen und umfasst jenen Geldbetrag, welcher eine anständige Lebensführung erlaubt^o. Es wird für immer garantiert, unterliegt keiner Steuer und kann auch nicht gepfändet werden. Private Einkommen (aus Arbeit, aus Kapital usw.) gelten als ergänzende Einkommen, auch wenn sie bedeutend höher sind. Sie addieren sich zunächst ohne weitere Abzüge zum Grundeinkommen und finanzieren z.B. den Konsum von Gütern und Dienstleistungen über die Grundbedürfnisse hinaus; sie dienen auch der Bildung von Ersparnissen oder der Investition. Von einem gewissen Niveau an (Steuerschwelle) werden die zusätzlichen, privaten Einkommen besteuert.

Das Grundeinkommen ersetzt den Grossteil der Sozialversicherungen und Sozialhilfen, welche heute hauptsächlich durch Lohnbeiträge finanziert werden. Es erlaubt auch einen massiven Abbau der breit gestreuten Subventionen, und zwar soweit diese zur Finanzierung von Arbeitskosten dienen. So löst das Grundeinkommen z.B. mit Vorteil die heutigen Landwirtschaftssubventionen ab.

All dies bedeutet nicht das Ende des Sozialstaates, der im Lauf des 20. Jahrhunderts aufgebaut wurde, aber auch nicht eine Perfektionierung dieses Sozialstaates, sondern vielmehr einen neuen Typus von Sozialstaat, beruhend auf dem Grundeinkommen und geprägt von seiner Finanzierung.

Wie weit aktuelle soziale und wirtschaftliche Unterstützungsleistungen durch das Grundeinkommen ersetzt werden, hängt hauptsächlich von seiner Höhe ab⁵.

⁵ Diese Aussage ist nicht als Vorwand im Hinblick auf irgendeinen Kuhhandel zwischen den heutigen Renten und Sozialleistungen und dem Betrag des Grundeinkommens zu verstehen. Letzterer folgt seinen eigenen, vom heutigen System unterschiedlichen Kriterien. In der Praxis wird es gleichwohl notwendig sein, einen Solidaritätsfonds für besondere Notfälle einzuplanen, in denen das Grundeinkommen die notwendigen Ausgaben offensichtlich nicht decken können wird.

Präzisierung

Seit zehn oder zwanzig Jahren hat sich der Begriff des Grundeinkommens in den Diskussionen über die Systeme der sozialen Sicherheit allmählich etabliert. Allerdings handelt es sich oft um sehr unterschiedliche Projekte und Modelle, was Verwirrung stiftet. Häufig verwischen sich grundsätzliche Unterschiede zwischen dem klassischen Grundeinkommen (auch bekannt unter dem Namen Sozialdividende), dem Bürgergeld, dem Existenzgeld oder der «Allocation Universelle» und den verschiedenen Konzepten einer negativen Einkommenssteuer, von Steuerkrediten oder weiteren Formen sozialer Mindestsicherung (z.B. in Frankreich das Revenu Minimum d'Insertion – RMI), welche alle in der einen oder anderen Form an eine Bedingung geknüpft sind. Diese Unklarheiten, zu denen sich Differenzen bezüglich der vorgesehenen Höhe gesellen, führen zum Teil zu wahren Purzelbäumen auf politischer Ebene. Die Neoliberalen befürworten zum Teil mit Milton Friedman⁶ eine negative Steuer, was heute auch von liberalen politischen Parteien vertreten wird; sie überschneiden sich dabei mit Fraktionen der sozialistischen Linken, welche neue Formen der Solidarität suchen, die den Bedürfnissen der modernen Zeiten besser entsprechen. Scheinbar sprechen die beiden Lager vom selben Gegenstand, und trotzdem bleiben die Ansätze sehr unterschiedlich, wo nicht gegensätzlich.

Dabei ist nicht auszuschliessen, dass sich linke und rechte Konzepte eines Grundeinkommens irgendwo begegnen⁷ – aber wo genau? Die einen kämpfen gegen die Auswüchse der Sozialbürokratie, welche die BürgerInnen bevormundet; sie wollen die öffentlichen Leistungsaufwände reduzieren und einfacher und effizienter gestalten, die persönliche Initiative belohnen und die Freiheit und die individuelle Verantwortung stärken. Die anderen kämpfen für die Beendigung der Armut und ihrer Ausbeutung im Rahmen der Marktwirtschaft. Ich persönlich wünsche mit sowohl das eine als auch da andere und dürfte mich somit in der Nähe des Treffpunktes befinden. Ich habe nichts dagegen, stelle allerdings zwei Bedingungen: Einerseits muss das Recht auf ein Grundeinkommen wirklich von sämtlichen Bedingungen befreit sein, und andererseits muss der Betrag hoch genug sein, um die materiellen Bedürfnisse für ein Leben in menschlicher Würde zu ermöglichen. Dies bedeutet logischerweise, dass das Grundeinkommen, so wie ich es verstehe, *die Lohnarbeit auf rein freiwillige Grundlage stellt.*

⁶ Der neoliberale Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger (1976) Milton Friedman (1912–2006) hat das Konzept der negativen Einkommenssteuer unterstützt. Im Unterschied zum bedingungslosen Grundeinkommen ist die negative Einkommenssteuer als eine einkommensbedingte Sozialleistung zu betrachten.

⁷ Das wäre kein Novum. In der Schweiz wäre die Gründung der AHV ohne Zustimmung auch im bürgerlichen Lager nicht möglich gewesen.

Deshalb steht auch eine allfällige Einkommens- oder Vermögensobergrenze, jenseits derer das Recht auf das Grundeinkommen erlischt oder wo dieses zurückerstattet werden muss, ausser Frage. Die Armut abschaffen kann nicht heissen, sich mit ihren Auswirkungen auseinanderzusetzen.

Das Grundeinkommen ist kein Einkommen für die Armen

Das Grundeinkommen ist nicht für die Armen gedacht, sondern stellt ein Recht für alle Menschen dar. Dieser Grundsatz muss unbedingt auf beiden Seiten der Reform eingehalten werden, sowohl hinsichtlich der Leistung selbst als auch bezüglich ihrer Finanzierung. Es gibt dafür zwei Hauptgründe:

- In einem Zeitpunkt, da sich die wirtschaftlichen Ungleichheiten auf der ganzen Welt immer weiter ausdehnen, sollte man nicht der traditionellen Versuchung des Egalitarismus erliegen, in dessen Namen der Staat im Nachhinein die Ungleichheiten der Marktwirtschaft korrigiert. Eine solche Umverteilungspolitik, die auf einer von den Ereignissen überholten Sozialethik beruht, gründet in erster Linie auf dem schlechten Gewissen der Privilegierten und auf der Dankbarkeit der Unterstützten. Wir kommen darauf ausführlich zurück. Hier muss der Hinweis genügen, dass dies in der Politik eine soziale Transferzahlung bzw. ein Kaufkrafttransfer genannt wird. Eine solche moralische Grundhaltung verliert aber in der modernen Gesellschaft an Bedeutung, ob einem dies nun passt oder nicht. Die Neureichen haben keinen solchen Komplex mehr, und die neuen Armen lehnen eine Stigmatisierung ab, welche sie wie Abnormale behandelt, nämlich als Sozialfälle. Daraus folgt, dass das Grundeinkommen nicht als Transfereinkommen eingerichtet und finanziert werden darf. Es geht eben nicht um die Beziehung zwischen reichen und armen BürgerInnen.

- Lokal betrachtet führt die Globalisierung zur Destabilisierung der Arbeitsverhältnisse. Die Beschäftigungssicherheit geht verloren (im Übrigen war es niemals das Ziel des Kapitalismus, Beschäftigung zu schaffen oder zu erhalten). Die Euphorie der Nachkriegsjahre sowie die Rigidität der ersten Technologien und Verfahren industrieller Massenproduktion haben dazu geführt, dass wir diesen Grundsatz wieder vergessen haben. Wenn man überhaupt von einem Ziel des Kapitalismus sprechen kann, so denke ich eher an die Erhöhung der Arbeitseffizienz. Zwar kann es in einer derart leistungsstarken Wirtschaft wie der unseren keine Beschäftigungssicherheit geben, aber stattdessen ist es möglich, diese Sicherheit mit einem Grundeinkommen unabhängig von der Beschäftigung zu schaffen.

So verstanden, zählt das Grundeinkommen zu den *indirekten Produktionskosten*, als einer unter anderen sozialisierten Aussenkostenfaktoren, welcher sowohl vom Investor als auch von den Konsumenten zu tragen ist. Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts und die Pflege der physischen und psychischen Gesundheit der Bevölkerung, aber auch ein menschliches und positives Markenimage unseres liberalen Systems sind weitere Argumente zur Begründung solcher Kosten. Man kann bekanntlich nicht den Fünfer und das Weggli haben... Das Grundeinkommen ist kein Transfereinkommen, sondern ein Grundlohn für die gesamte Wohnbevölkerung. Es handelt sich nicht um den Lohn der Angst, sondern um die Entgeltung der Flexibilität.

Nur ein solches Grundeinkommen mit den entsprechenden Folgen für die Auszahlungsweise und die Finanzierung und auch für weitere Reformen (insbesondere im Bereich Steuergesetzgebung) bei der Umsetzung verhindert den Stigmatisierungseffekt der konventionellen Sozialunterstützung bei der Bevölkerung und setzt andererseits wirklich den Initiativegeist der Nutzniesser frei.

Das Grundeinkommen entspricht einem Bedürfnis der Allgemeinheit und nicht einem wohlthätigen Zweck

Zum besseren Verständnis dieser Aussage muss man zunächst von der politischen und wirtschaftlichen Situation sprechen, welche aus der so genannten Globalisierung des Kapitalismus entstanden ist. Flexibilisierung, Auslagerung (Outsourcing), Verlagerungen, Fusionen und Restrukturierungen, die absolute Dominanz des Finanzkapitals über das industrielle Kapital, kurzfristiges Gewinn- und Rentabilitätsstreben sind nur einige zentrale Begriffe bei einer Entwicklung, die seit 10 oder 20 Jahren unsere Gesellschaften prägt neben der relativen Desindustrialisierung in den entwickelten Ländern, welche ein zentraler Faktor bei der Neuorganisation der wirtschaftlichen Macht war. Ich will diese heute kaum mehr umstrittenen Punkte nicht weiter vertiefen. Dagegen ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Lohnarbeit ihre Form und ihre Funktion völlig verändert hat. Immer weniger wird Arbeitslohn im Rahmen einer stabilen Anstellung in einem Unternehmen ausgerichtet; die Beschäftigung ist nicht mehr ein lebenslanger Zustand mit verschiedenen Optionen für eine berufliche Karriere innerhalb einer Firma, welche mit einer kleinen Feier anlässlich der Pensionierung zu Ende geht. Das ehrenhafte Bild des treuen Arbeiters, der am Leben «seines» Unternehmens teilnimmt wie an einer zweiten Familie, gehört der Vergangenheit an. Heute durchdringen die kommerziellen und finanziellen Forderungen der Geldgeber das gesamte produktive Geflecht und beseitigen die letzten Bestände an Sicherheit und an gemeinsamer Kultur, welche zuvor eine selbstbewusste und stolze Arbeiterklasse geprägt haben.

Bei all diesen Transformationen funktioniert die Schweizer Wirtschaft heute sehr gut. In einer vom World Economic Forum kürzlich erstellten Wettbewerbsfähigkeitsskala belegt die Schweiz sogar den ersten Rang. Diese Leistung hat aber ihren Preis. Der Kostenabbau führt zu einer Destabilisierung der Arbeitsbeziehungen, und die Lohnabhängigen werden immer stärker ins Unternehmensrisiko eingebunden, ohne an dessen Vorteilen teilzuhaben. Anstelle der traditionellen hierarchischen Beziehungen dringt die Logik vertraglicher Beziehungen in den Kern der Unternehmen ein und wird zum Mass der Arbeitsorganisation. Die Reorganisation einer Spezialeinheit, z.B. als selbstständige Firma, vielleicht als Zulieferbetrieb, erlaubt es, die zuvor Abhängigen in formell unabhängige Partner umzuwandeln, die aber letztlich ihrem Hauptkunden völlig ausgeliefert sind. Kurz: Nichts mehr ist stabil und von Dauer; und damit erlauben es auch die Arbeitsbedingungen kaum mehr, ein so genanntes Lebensprojekt zu realisieren. Die Globalisierung des Kapitalismus nimmt die Züge eines weltweiten Schachspiels an, bei dem die Arbeiter – Männer, Frauen und Kinder – die Rolle der Bauern spielen, welche je nach den wechselnden Unternehmensstrategien benutzt und geopfert werden.

Die nationalen Einrichtungen der sozialen Sicherheit sind für diese neuen Herausforderungen nicht geschaffen. Wenn auch die Arbeitslosigkeit Ende 2007 auf einen Tiefstand zurückgegangen ist, heisst dies nicht, dass die Situation der Lohnarbeit wunderbar ist, sondern vielmehr, dass sich die Beschäftigten schlecht und recht an eine Situation angepasst haben, welche laufende Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Prekarität oder das Scheitern der anderen, die dauernden Gerüchte über Restrukturierungen oder Verlagerungen gemahnen alle zu jeder Zeit daran, dass sie nicht unersetzbar sind. Die Konkurrenz am Arbeitsplatz erlaubt es ohne Zweifel, die Produktivität zu steigern; gleichzeitig zerstört sie aber die gegenseitige Solidarität, sie individualisiert die Lebensziele und verschlechtert die zwischenmenschlichen Beziehungen. Der Wettbewerbsdruck wirkt am stärksten auf die schwächsten Glieder, in den Fernseh-Spielshows ebenso wie in der wirtschaftlichen Realität. Nicht alle Menschen halten ein gleiches Mass an Spannung aus oder sind geistig so flexibel, wie es die Wirtschaft verlangt, vor allem, wenn man sich dazu auch noch um eine Familie zu kümmern hat. Die Folge: Die 50% der Verlierer der Globalisierung ziehen die Köpfe ein und passen sich an, und die andere Hälfte der Bevölkerung wird zur Stammkundschaft in den Arztpraxen.

Ein gewaltiges Paradox

Wir befinden uns in einer völlig paradoxen Situation. Einerseits bringt das Berufsleben den meisten Betroffenen immer weniger Befriedigung, weshalb immer

mehr von ihnen ungeduldig auf die Pensionierung mit den entsprechenden Freiheiten warten. Andererseits belegen die Sozialversicherungsstatistiken die Notwendigkeit einer Erhöhung des Pensionsalters wegen der demografischen Alterung. Bei der Invalidenrente haben sich die Anträge aus psychischen Gründen in den letzten zehn oder zwanzig Jahren vervielfacht; andererseits versucht man wegen der leeren Kassen, den Bereich der Psychopathologie aus dem Anspruchskatalog zu streichen. Kurz: Die allgemeine Unsicherheit der Arbeitswelt sowie das Auftreten einer verborgenen Konkurrenz unter den Beschäftigten in den Unternehmen selber schaffen bei der Bevölkerung einen Reflex, welcher sich gleichzeitig gegen den Wert der Arbeit als solche als auch gegen die Gesellschaft insgesamt richtet. Jeder für sich, heisst die Devise; alle Strategien zur Umgehung der Beiträge zum Gemeinwohl sind gut. Anders gesagt: Genau jener Typus des globalisierten Kapitalismus, den wir heute erleben, bringt mindestens zum Teil die bekannten asozialen Verhaltensweisen hervor, die in der Regel zur Ablehnung eines Grundeinkommens herbeigezogen werden (wenn nicht zur Ablehnung jeglicher Sozialgesetzgebung).

Meiner Ansicht nach gehört Faulheit nicht zu den Bauteilen des menschlichen Wesens, sondern ist eher eine Form der latenten Rebellion gegen die Zwangsarbeit. Daraus folgt, dass wir mit der Aufhebung des Zwangs auch die Ursachen der Faulheit beseitigen! Die Errichtung einer echten Arbeitsfreiheit mit dem Grundeinkommen setzt eine Energie und eine Kreativität frei, welche im aktuellen Sozialsystem allzu oft nur in negativer Form an den Tag treten mit dem Zweck, von den Angeboten zu profitieren und gleichzeitig möglichst keine Beiträge zu leisten, d.h. sozial unverantwortlich zu handeln. (Ich denke hier nicht nur an die «Scheininvaliden» und weitere kleinere Betrügereien, sondern auch und vor allem an die in den gehobenen Klassen übliche «Steueroptimierung».) – Übrigens verändert sich auch das Unternehmensklima, sobald auf dem Arbeitsmarkt dank dem Grundeinkommen eine echte Vertragsfreiheit herrscht. Die Atmosphäre unter den Mitarbeitern, welche ihre Beschäftigung ohne Zwang wählen, hat nichts mehr gemein mit dem Sumpf an Verdächtigungen, Eifersüchteleien, Liebedienereien und Arroganz, welcher die aus dem Zwang geborenen Abhängigkeitsverhältnisse vergiftet.

Eine historische Wende

Im Hinblick auf diese historische Wende ist der Hinweis unerlässlich, dass unsere so genannt liberale Gesellschaft wohl kaum einmal so liberal war, wie sie sich gerne selber darstellt. In den 30 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Regierungen in Erinnerung an die grosse wirtschaftliche Depression der 30er-Jahre

mit der grossen Krise des klassischen Liberalismus für eine Art von sozialem Kapitalismus entschieden. Frankreich und England verstaatlichten die Grossunternehmen und griffen mit Plänen in die Wirtschaft ein. In Deutschland wurde im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft gemäss Ludwig Erhard die Mitbestimmung der Arbeiter an den Unternehmensentscheiden institutionalisiert; die Erhöhung der Kaufkraft wurde an die Steigerung der Arbeitsproduktivität gebunden. Im gleichen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang wurde die soziale Sicherheit mit den entsprechenden Sozialversicherungen eingerichtet bzw. konsolidiert. Dieses System funktionierte eine ganze Zeit lang gut.

Wirtschaftlich gesehen bilden die Jahre 1980–2000 eine Rückkehr zum Liberalismus unter dem Titel des Neoliberalismus. Kennzeichen dieser Periode sind Privatisierungen, Fusionen und Restrukturierungen, die Globalisierung der Märkte und der Kapitalflüsse sowie die Abnahme der Bedeutung des nationalen Wirtschaftsraums, wie wir sie alle beobachtet haben. Damit geht auch das Ende der Vollbeschäftigung im eigentlichen Sinn einher; die Grundlagen der Sozialversicherungen beginnen zu bröckeln. Die Institutionen für die Unterstützung und für die soziale Sicherung sind in einem nunmehr ungünstig gewordenen wirtschaftlichen Umfeld überlastet und ächzen unter einer immer grösseren Schuldenlast.

Angesichts dieser Schwierigkeiten wird der veraltete wohlmeinende Sozialismus von einer demagogischen, autoritären Ideologie überholt. Man schreit nach Schuldigen, und diese sind schnell gefunden. Neben den «bösen» Reichen, welche sich unverfroren Millionenbeiträge zuschanzen, gibt es neuerdings auch noch «Schein-Arme», «Schein-Arbeitslose» und «Scheininvaliden»: lauter Schummler! – Da drängt sich doch die Frage auf, welches Spiel hier gespielt wird.

Wenn man die Systeme der sozialen Sicherung in der heutigen Form aufrecht erhalten will, ohne dafür immer mehr Gelder aufzuwenden, muss man logischerweise bei den Leistungen immer mehr kürzen. Damit das Ganze einigermassen seriös und kohärent aussieht, propagiert man lauthals die Bekämpfung des Missbrauchs (als ob dieser für die Defizite verantwortlich wäre). Als erstes Ergebnis dieser Hysterie verwandelt sich der Sozialarbeiter in einen neuen Polizisten. Und schon zeichnet sich ab, dass die Grenzen zwischen einem auf Armut beruhenden Sozialstaat und einem Polizeistaat immer dünner werden. Allerdings ist dies eine andere Diskussion. Trotzdem hat der Populismus hier sein Hauptspielfeld gefunden; er befindet sich auf halbem Weg zwischen Nationalismus und Sozialismus. – Das tönt bekannt, wie?

Aber zur Sache. Angesichts der effektiven Veränderungen verbreitet sich im Moment vor allem das Gefühl der Ohnmacht. Wir verwechseln Ursache mit Wirkung. Wir bemühen uns, das Band zu stärken, das die meisten von uns mit ihrem Arbeitsplatz verbindet. Die Folge: Wir sind im globalen Vergleich unglaublich leistungsfähig, haben aber die ängstlichste Bevölkerung der ganzen Welt. Wir erzielen ein BIP pro Bewohner, das zu den höchsten der Welt zählt, und wir weisen auch die höchste Dichte⁸ an Psychotherapeuten auf. Wie lange halten wir diese Spannung noch aus, bis wir an einem kollektiven Burnout erkranken, trotz dem kontinuierlichen Zustrom neuer Kräfte durch die (legale oder illegale) Immigration?

Nicht der Missbrauch ist für das Defizit verantwortlich. Es ist nicht legitim, die Sozialleistungen aus rein buchhalterischen Gründen abzubauen ohne anderweitige Begründung. Stattdessen geht es darum, die jüngsten gründlichen Transformationen der Arbeitswelt bezüglich ihrer pathogenen Faktoren zu analysieren. Allgemein gesagt brauchen wir eine neue Formel, welche die soziale Gerechtigkeit mit der langfristigen wirtschaftlichen Effizienz unter einen Hut bringt. Sind wir mutig genug, um einen solchen Weg mit dem Grundeinkommen einzuschlagen?

Der Sozialismus hat sich überlebt, aber der reine Liberalismus ebenfalls...

Heute ist es mindestens in Europa gang und gäbe, sich über die intellektuelle und politische Krise der Sozialdemokratie auszulassen. Natürlich macht es Spass, über die Probleme der früher mächtigen und gefürchteten Organisationen zu debattieren, welche heute zwischen einer perspektivlosen Ablehnung des Kapitalismus und der mehr oder weniger offenen Anpassung an die dominierenden Werte der Wettbewerbsfähigkeit und der Effizienz der Marktwirtschaft gefangen sind. Wenn wir die Politiker hören, so ist der Sozialstaat offenbar nicht mehr dafür zuständig, die Mängel des Privatkapitalismus zu korrigieren, denn solche Schutzmechanismen gelten nunmehr als kontraproduktiv, als Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie für das Wachstum. Vielmehr sollen die auf dem Arbeitsmarkt gestrauchelten Lohnabhängigen gecoacht werden. Es gilt mehr denn je, zu arbeiten, mehr zu arbeiten (und nicht etwa weniger, wie man völlig naiv mit der Forderung einer 35-Stunden-Woche und weiterer Reformprojekte geglaubt hatte), denn dies ist der Preis des Erfolgs: Arbeit schafft Arbeit, während Arbeitslosigkeit nur weitere Arbeitslosigkeit schafft.

⁸ Dichte: Anzahl der Psychotherapeuten im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Dabei ist es nicht die Arbeit selber, welche in dieser Art empor gejubelt wird, sondern vor allem die Arbeitssuche, der Wille, eine Arbeit anzunehmen, auch wenn diese instabil ist, aber immerhin eine Arbeit. Genau betrachtet, glorifiziert man damit aber nur das Elend. So weit sind wir gekommen: Die Arbeit erscheint als rares Gut. Oft muss man bezahlen, um eine Arbeit zu erhalten; in gewissen Ländern ein halbes Vermögen. Da der Arbeiter «frei», also verfügbar ist, muss er sehr gut sein oder einfach Glück haben, um allein eine Arbeit zu finden.

Seht her – Applaus: ein Arbeiter! – Wenn dies nicht gelingt, hat er Anrecht auf Unterstützung durch den *Big Brother* bzw. durch die Stabsstellen des *Workfare-Staates*⁹.

Das bedingungslose Grundeinkommen: Umwertung der Werte

Das Grundeinkommen verherrlicht nicht die Freiheit der Arbeit, sondern stellt nur die notwendigen Voraussetzungen für diese Freiheit zur Verfügung. Anders gesagt: Erst mit dem Grundeinkommen ist eine solche Freiheit wirklich möglich. Damit verknüpft sind gewisse grundsätzliche Überlegungen zur menschlichen Natur, und da zeigt es sich, dass wir Probleme haben, von denen wir bisher noch keine Ahnung hatten. Welch ein Glück, dass wir sie endlich angehen können!

Vor allem anderen wirft das Grundeinkommen psychologische und moralische Fragen auf. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Berechnungen betreffen ebenfalls in erster Linie die menschlichen Verhaltensweisen (in unterschiedlichen Bereichen, aber insbesondere auf dem Arbeitsmarkt) und weniger die eigentliche Finanzierung dieser Reform. Die Mehrheit jener Kritiker, welche das Grundeinkommen als eine «nicht finanzierbare» Reform betrachten, verdecken vermutlich mit diesem buchhalterischen Scheinargument eine tiefer sitzende Angst vor den Unwägbarkeiten des menschlichen Verhaltens. Wie wird sich dieses entwickeln ohne Zwang und Pflicht zur Arbeit, um den Lebensunterhalt zu bestreiten?

⁹ Workfare statt Welfare. Die neue Bezeichnung für den Sozialstaat stammt aus dem New-Labour-Wortschatz in England. Auf Deutsch: Arbeitsergehen ist Wohlergehen.

Das Gespenst der Freiheit

Philosophisch gesehen bildet das Grundeinkommen den Übergang vom Reich der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit (G.F. Hegel). Mindestens zielt es darauf ab. Dies hatten auch die Kommunisten des 19. Jahrhunderts gefordert; heute wissen alle, was dabei herausgekommen ist. Oft liegt nämlich der grösste Irrtum im Bereich des fast Richtigen.

Doch beim Grundeinkommen geht es nicht um die Verstaatlichung der Produktionsmittel, eigentlich im Gegenteil: Mit dem Grundeinkommen werden der Privatsektor und die Marktwirtschaft in maximalem Ausmass liberalisiert, ohne dass diese Liberalisierung zulasten der Ärmsten geht. In letzter Konsequenz gibt es überhaupt keine Armut mehr. Dies ist das Prinzip des Grundeinkommens. Da es keine Armen mehr gibt, ist auch die Ausbeutung dieser Armut nicht mehr möglich; niemand mehr kann von Zwangslagen anderer Menschen profitieren. Deshalb gibt es auch keine potenziellen oder echten Opfer mehr, welche durch alle möglichen Gesetze oder Reglemente geschützt werden müssen.

Heute heisst es nicht mehr «Alle Macht den Räten», sondern «Alle Macht dem Konsumenten» – das ist ein echter Unterschied. Die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen muss Bedürfnisse befriedigen, anstatt sie auszunutzen. Auf diese Art verliert sie ihren Selbstzweckcharakter. Wer ist nun aber besser geeignet zur Beurteilung der Bedürfnisse als ihr Träger? Dies heisst: Es liegt nicht am Konsumenten, das Wachstum der Produktion von Gütern und Dienstleistungen mit seinen Einkäufen anzukurbeln, sondern umgekehrt muss die Produktion die Interessen des Konsumenten befriedigen und jene Dinge herstellen, die er braucht. Dazu benötigen wir die Konkurrenz, die Vielfalt, Alternativen, kurz: eine Auswahl.

Wenn ich sage: Alle Macht dem Konsumenten, so schliesse ich eine aus: die Macht, die Armut auszubeuten. Mit dieser Ausnahme ist die Marktwirtschaft somit von sämtlichen moralischen und politischen Bindungen befreit. Dazu ist zu sagen, dass eine solche Vorstellung im Moment schwer fällt. Seit Menschengedenken oder auch seit der von einigen unter uns so genannten Vertreibung aus dem Paradies kennen wir nur die Notwendigkeit und ihre Ausbeutung. Wir sind nicht vorbereitet auf ein Ende dieser Ordnung, weder philosophisch noch politisch. Vor allem die Linke muss ihr Feindbild aufgeben. Fällt der Zwang beim Vertragsabschluss weg, stellen Marktwirtschaft und freie Konkurrenz nur noch Fortschrittsfaktoren dar. Anders gesagt: Moralisch zu verurteilen bei den vertraglichen Bedingungen ist nicht ein all-fälliger Eigennutz, sondern die Ausnutzung der Abhängigkeit anderer durch diesen

Egoismus, der materielle Zwang, mit jemand anderem Verträge abzuschliessen zu müssen. Mit dem Grundeinkommen wird die Vertragsfreiheit, welche bisher zumindest nicht völlig ausgewogen war, nun zu einer Realität für alle Vertragsparteien. In Zukunft können alle Menschen ein Angebot auch ablehnen. Gegen diesen theoretischen Ansatz kann es keine Einwände geben.

In der Praxis kann das Grundeinkommen jedoch Schwindel erregende Auswirkungen haben. Man denke nur an die Aufhebung der Armut. Was wird aus all den Philanthropen, was wird aus den Sozialarbeitern, was geschieht mit all den privaten Wohltätigkeitsvereinen? Was wird aus der ganzen Gesellschaft – ohne den Schutz und die Kontrolle der Sozialbürokratie? Der Paternalismus hat ausgedient, auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Damit liegt man übrigens voll im Trend; noch ein Fortschritt, der sich nicht aufhalten lässt... Versuchen wir es zu begreifen, weshalb ein solches Projekt bei uns allen als ewige grosse Kinder Furcht auslösen kann.

Bis jetzt beruhten alle bekannten Kulturformen auf den materiellen Zwängen der unteren Bevölkerungsschichten sowie, im Gegenzug, auf den moralischen Pflichten der Privilegierten. Daraus ergab sich ein hierarchischer Aufbau der Gesellschaft, im Rahmen dessen das Schicksal der Bevölkerungsmehrheit zum Vornherin abgesteckt war. Abgesehen von Intrigen und Palastrevolten gab es für «das Volk» selbst keine Wahl, keine Freiheit und damit auch keine Verantwortung.

Wenn aber die Arbeit fakultativ wird, zerschlagen wir den Eckpfeiler dieser Gesellschaftsform. Jeder wird für sein eigenes Schicksal selber verantwortlich; die letzten Vorschriften fallen weg. Ist jetzt mit der Vollendung der gegenwärtigen psychosozialen Zersetzung zu rechnen oder aber im Gegenteil mit der Entstehung einer neuen Gesellschaft von Menschen mit freiem Willen? Eins ist sicher: Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen sieht die Gesellschaft nicht mehr gleich aus wie zuvor.

Diese Feststellung hat selbstverständlich auch wirtschaftliche Auswirkungen. Hier kommt es zu schwierigen Umstellungen, die unmöglich quantifizierbar sind. Eine allgemeine Vorstellung ist möglich ebenso wie die Präzisierung der Risiken und die Angabe der Bestandteile des Wirtschaftsgebäudes, wo mit den radikalsten Veränderungen zu rechnen ist.

Arbeitsfreiheit

Wir haben gesehen, dass das bedingungslose Grundeinkommen eine teilweise Entkoppelung von Arbeit und Einkommen einführt. Zweifellos handelt es sich dabei um die «revolutionärste» Eigenschaft dieses Projekts und gleichzeitig um die pro-

blematischste. Wie lässt sich sagen, unter welchen Bedingungen ein Individuum mit garantiertem Einkommen für eine anständige Lebensführung noch seine Dienste auf dem Arbeitsmarkt anbietet? Darf man davon ausgehen, dass das Grundeinkommen die Kreativität und den Initiativegeist der Begünstigten befreit, oder wird es sie im Gegenteil noch stärker in die Passivität und Isolierung treiben? Zu diesem Punkt gibt es sicher gegensätzliche Auffassungen, aber eines steht fest: Die Politik muss die BürgerInnen so behandeln, wie sie sind, und nicht so, wie sie sein sollten. In diesem Sinn stellt das bedingungslose Grundeinkommen eine Reihe von Grundsatzfragen, um die wir nicht herum kommen.

Worin kann der Sinn einer Arbeit bestehen, die für das Individuum fakultativ, für die Gesellschaft aber notwendig ist? Ich halte fest: Was auch immer die Motive sein mögen (Engagement, Kreativität, finanzielles Interesse) – die Arbeit muss auf jeden Fall zu einem begehrten Objekt werden. Aus ethischer Sicht unterstellt diese Transformation eine neue Qualität bei der Koexistenz zwischen dem subjektiven, auf den persönlichen Vorteil ausgerichteten Egoismus und dem objektiven Altruismus einer Dienstleistung für andere.

Unser Wirtschaftssystem beruht auf der Notwendigkeit, welche den Egoismus des Eigeninteresses mit dem Altruismus der Leistung an andere zusammenbringt. Es verbindet die beiden Pole vermittels des Marktmechanismus miteinander. Die Beziehung wird aber vom Privatinteresse bestimmt, auch unter Zwangsbestimmungen. Bei den für den Markt typischen Verhandlungen wird dieses Eigeninteresse grundsätzlich nur durch das Eigeninteresse der anderen eingeschränkt. Der Zwang beeinträchtigt jedoch die Qualität der Verhandlungen; eine der beiden Verhandlungsseiten sieht das Gewicht ihrer Interessen abnehmen oder gar völlig verschwinden. Generell lässt sich sagen, dass die Notwendigkeit die Qualität der privaten Interessen denaturiert.

Aus diesem Grund beruft man sich bis heute auf den Begriff des Bedürfnisses bzw. eines objektiven Interesses als Gegengewicht zum freien Spiel der Notwendigkeit. Um aber dieses objektive Interesse festzulegen, muss man einen dritten Akteur erfinden, den wir hier «Richter» oder «Experten» nennen, der aber in Tat und Wahrheit selber abhängig bleibt von sozialen und politischen Kräften, welche anderen Interessen dienen. Anders gesagt: Ein solches subjektives Interesse erhält durch die Vermittlung des Staats ein objektives Mäntelchen und ist insofern auch nicht mehr frei. Seine Extremform hat dieses Spiel in den sozialistischen Gesellschaften gefunden, doch wird davon überall Gebrauch gemacht. Es schränkt in jedem Fall die individuelle Freiheit zugunsten der sozialen Sicherheit ein.

Der Zweck des Grundeinkommens ist es, dieselbe Sicherheit zu garantieren, ohne dabei die individuelle Freiheit oder das Spiel der privaten Interessen zu beeinträchtigen. Zu diesem Zweck legt der Staat nicht Regeln fest, sondern schafft Fakten: ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, welches ein anständiges Leben erlaubt und somit Sicherheit garantiert. Damit wird die individuelle Freiheit nicht nur erhalten, sondern sogar radikal ausgebaut. Die ethische Frage, welche sich mit dem Grundeinkommen stellt, heisst also, ob die menschliche Natur (bzw. das, was daran als «subjektiv» gilt) überhaupt für eine solche Freiheit geeignet ist. Die Realisierbarkeit des Grundeinkommens ist nicht zuallererst eine Finanzierungsfrage, sondern hängt ganz grundsätzlich von ethischen Abwägungen ab, worüber sich keine Rechnungen oder Zahlen aufstellen lassen.

Im Märchenland von tausend und einer Nacht

Im Märchenland von tausend und einer Nacht bestellt der Herr seinen Sklaven zu sich und sagt ihm: «Ich beabsichtige, dir die Freiheit zu geben, aber dafür musst du mit deiner Selbstständigkeit und allem, was damit zusammenhängt, einverstanden sein.» – Der Sklave ist beunruhigt, denn er ist es gewohnt, seinen Herren zu dienen ohne sich dabei allzu viele Fragen zu stellen; er trifft nicht gerne selbstständige Entscheidungen. Wenn ein Wort ihm Schrecken eintreibt, so ist es das Wort Verantwortung. Im Grunde genommen hat dieser Sklave Angst vor sich selber, vor möglichen Schwächen, vor seiner Dummheit oder vor seinen Begierden. Deshalb gibt er seinem Herren zur Antwort: «Herr, wenn ich einen Fehler gemacht habe, bitte ich um Bestrafung; wenn ich für dich gut gearbeitet habe, bitte ich um Belohnung; wenn ich in Gefahr bin, bitte ich um Schutz. Deine Freiheit will ich nicht. Ich will nicht mein eigener Herr sein, weil ich dazu weder die Kraft noch die geistigen Fähigkeiten habe. All das ist viel zu kompliziert für mich. Lassen wir doch alles so, wie es ist, bringen wir nicht alles durcheinander!»

So geht das eins ums andere Mal. Aber nach tausend und einer finsternen Nacht leuchtet eines Tages das Morgenlicht der Aufklärung und der Demokratie. Die Frage stellt sich erneut, aber in einer etwas anderen Form. Der Herr und Meister ist jetzt ein Anlagefonds, welcher über die leitenden Kader der von ihm kontrollierten Unternehmen seinem Angestellten sagt: «Wenn ich geschäftlichen Erfolg haben will, müssen meine Leute ihr Personal anstellen und entlassen können, wie sie es für richtig halten, und zwar an jedem beliebigen Ort auf dem Planeten. Ich kann dich deshalb nicht mehr schützen; das ist mir zu teuer. Du musst selber Verantwortung übernehmen und selber für deine Sicherheit sorgen. Sieh zu, wo du

bleibst!» Unser Arbeiter erschrickt derart über diese Mitteilung, dass es ihn sofort ins Bett wirft. Angesichts der Ausbreitung von Berufskrankheiten und um den Beschäftigten die Mittel zu ihrer Emanzipation in die Hand zu geben, wird beschlossen, allen BewohnerInnen des Landes eine Art Lohn bzw. ein Grundeinkommen auszurichten, unabhängig von der persönlichen Leistung eines jeden. Zunächst sind die Anleger misstrauisch, und die Finanzmärkte leiden etwas darunter, aber schon bald stellt sich wegen des einfachen und einleuchtenden Systems das Vertrauen wieder ein, und die Geschäfte gehen munter weiter.

So entstand das bedingungslose Grundeinkommen: aus Notwendigkeit und trotz allen Widerständen.

Wie überall ist die Freiheit eine Tochter der Notwendigkeit. Was notwendig ist, wird erledigt, wobei man versucht, die Risiken zu minimieren. Dies gilt auch für die Arbeitsfreiheit. Man braucht kein Philosophiestudium, um dies zu begreifen. Die Ethik hat sich den Entwicklungen immer angepasst, und so wird es auch diesmal sein; denn wenn das Grundeinkommen gleichzeitig notwendig und nicht realisierbar wäre, stünde die Menschheit in echter Gefahr.

Mit anderen Worten: Auch wenn es sich um ein riskantes Unternehmen handelt, bietet die vollständige Arbeitsfreiheit dennoch wichtige Vorteile, und sei es zunächst nur den, dass man zum Nachdenken gezwungen ist – der Intelligenzquotient der Menschen steigt. Zudem wird die frei gewählte Arbeit in erster Linie zum persönlichen Ausdrucksmittel. Im Gegensatz dazu verleiht die materielle Notwendigkeit, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, über die Entlohnung der Arbeit eine Art von Versorgungszweck. Insofern beeinträchtigt jene Notwendigkeit die kreative Komponente, die den eigentlichen und edlen Sinn der Tätigkeit ausmacht.

Sind denn alle Menschen Künstler? – Am besten lassen wir den Kunstmarkt darüber entscheiden. Faktisch verbietet es das Grundeinkommen niemandem, weiterhin für Geld zu arbeiten. Man erhöht seine Kaufkraft und erhält Zugang zu Gütern und Dienstleistungen über die Grundbedürfnisse hinaus. Aber die Arbeitsfreiheit verändert die Voraussetzungen für die Wertschöpfung.

Zunächst muss ganz allgemein festgehalten werden, dass die Bruttolöhne (und zum Teil auch die Nettolöhne) tiefer sein werden als heute, da sie nicht mehr Existenz sichernd sein müssen. Allerdings – wer entscheidet über die Höhe? Der zuständige Minister? Die Gewerkschaften? Die Arbeitgeber? – Wie überall in der Marktwirtschaft entscheiden die Tatsachen. Nachfrage und Angebot sind jene Fak-

toren, welche sich gegenseitig beeinflussen; das Grundeinkommen – als weiterer Fakt – verschafft dem Arbeitsuchenden die notwendige Stärke, um selber den Preis seiner Arbeit auszuhandeln (was durchaus nicht bedeutet, dass er keine gewerkschaftliche Unterstützung mehr braucht). Indirekt hat das Grundeinkommen die gleiche Funktion wie ein gesetzlicher Minimallohn; bloss funktioniert es besser. Soviel zum Thema des Niedriglohnsektors.

Auch bei den anderen Anstellungsverhältnissen gibt es keine vorgeschriebenen Löhne oder Tarifbedingungen für alle mehr. Die Entschädigung berechnet sich, natürlich unter Berücksichtigung des gesicherten Grundeinkommens, nach dem Wert der geleisteten Arbeit, wie es sich aus dem einzelnen Verhandlungsfall und aus der Marktsituation ergibt.

Es geht aber nicht nur um die Löhne, welche sich ans bedingungslose Grundeinkommen anpassen. Auch die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Unternehmensklima usw.) müssen sich an neuen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt orientieren. Es ist eine Tatsache, dass gewisse Menschen eine langweilige oder harte Arbeit vorziehen, wenn sie gut bezahlt wird; andere setzen die Prioritäten bei der Qualität und bei der Befriedigung der Arbeit, wofür sie auch finanzielle Konzessionen einzugehen bereit sind. Diese Aspekte lassen sich nicht zum Vornherein einplanen. Eines aber ist sicher: Die Unternehmen werden ihrerseits eine gewisse Vorstellungskraft entwickeln müssen, um sich die Dienste von MitarbeiterInnen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen zu sichern, welche man nicht mehr mit dem drohenden Existenzverlust oder mit der Scham der Abhängigkeit von der Sozialhilfe ins Bockshorn jagen kann.

Wer erledigt die dreckige Arbeit?

Wer erledigt die Drecksarbeit? Was kostet eine Putzfrau? Wieviel erhalten die Angestellten der Müllabfuhr? Solche Fragen erwecken den Eindruck, dass gewisse «niedrige» Tätigkeiten beim Wegfall jeglichen Drucks überhaupt nicht mehr erledigt würden. Wobei ich hier geradeaus frage: Wie steht es denn nun mit Zwangsarbeit? – Und ich höre schon die Antwort: Alles ist relativ. In der Praxis hat es keinen Zweck, sich bei diesem Thema zu lange aufzuhalten. Diese Arbeiten müssen ganz einfach aufgewertet werden. Man braucht hier keine humanitäre Grundsatzfrage zu stellen, sondern ganz einfach klingende Münze locker zu machen. Der Markt erledigt solche Fragen auf seine Art und Weise. Hier wie auch auf allen anderen Gebieten sorgt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von einem gewissen

Niveau an für das notwendige Gleichgewicht. Wer sich keine Putzfrau leisten kann (wer also z.B. keine anderen Einkünfte als das Grundeinkommen erzielt), muss nun mal selber putzen. Dafür kleben diese Leute nicht den ganzen Tag lang im Sessel vor dem Fernsehen, wie gewisse kritische Geister dies befürchten... Und hier ist noch anzufügen, dass auch die Putzfrau (oder der Putzmann) über ein Grundeinkommen verfügt, was allzu hohe Ansprüche ebenfalls einschränkt.

Wer bedient die Kassen in den Supermärkten? Wenn man ein Vermögen ausgeben muss, um das entsprechende Personal zu beschäftigen, verteuert dies die Waren, denn selbstverständlich überwälzen die grossen Warenhausketten diese Zusatzkosten auf die Produktpreise, wie dies heute bereits der Fall ist mit den Kosten aus Diebstahl und den entsprechenden Überwachungsmaßnahmen. Wenn dem so ist, rückt möglicherweise eine andere Lösung in die Nähe: die vollautomatische Kasse. Würden wir immer noch im Zeitalter der Sklaverei und der Zwangsarbeit leben, so gäbe es allerhand Probleme bei der Umsetzung technischer Fortschritte, zum Beispiel im Haushalt, aber auch anderswo. Hier wie sicherlich noch bei weiteren Aufgaben mit zweifelhaftem Wert für die beschäftigten Personen eröffnet sich dank dem bedingungslosen Grundeinkommen eine weitere Chance für Investitionen in die Technologie. Eine der wirklich fortschrittlichen Eigenschaften des Kapitalismus ist es, eintönige und verdummende Arbeiten durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Damit sich aber eine Maschine rentiert, müssen zuerst die Arbeitslöhne so teuer werden, dass sich die Investition lohnt. Es steht hier nicht anders als mit dem Erdöl und den erneuerbaren Energien. So wirkt sich das Grundeinkommen wie eine soziale CO₂-Abgabe auf den technischen Fortschritt aus.

Ähnlich kann man bezüglich des Unterhalts bzw. der Reparatur von Apparaten oder ganzen Anlagen im industriellen Fertigungsprozess argumentieren. Heute ist es in der Regel billiger, neue Waren zu kaufen anstatt die bestehenden zu reparieren. Der Unterhalt dauerhafter industrieller Konsumgüter erfolgt in der Regel auf handwerklicher Basis. Die Ersatzteile sind zu teuer, sei es, weil sie nicht in Massen produziert werden (Skalenerträge fallen weg) oder weil es für den industriellen Fabrikanten attraktiver ist, neue Produkte zu verkaufen als die betreffenden Reparaturteile zu verkaufen und damit die Lebensdauer der Produkte zu verlängern, was den Absatz der eigenen Produkte verlangsamt. So entsteht Wirtschaftswachstum dank der Kurzlebigkeit der Produkte mit tonnenweise Abfall, der anschliessend zu grossen Kosten von den Recyclingunternehmen verarbeitet wird in einem Zusatzkreislauf, welcher wiederum Arbeit in anderen Sektoren schafft, der aber mit der Zeit dennoch an gewisse Grenzen stösst (Rohmaterialien, Energie), deren

man sich noch nicht voll bewusst ist. Jedenfalls liegt hier ökologisch gesehen sicher nicht das vernünftigste Wachstumsmodell vor.

Zum Schluss: Der Kapitalismus hat seine Nützlichkeit in gewissen Sektoren oder Tätigkeitsbereichen bewiesen, kurz gesagt, in allen Kernbereichen der industriellen Produktion, wo mechanisiert, informatisiert und automatisiert sowie, in diesem Zusammenhang, Innovation und Performanceverbesserungen bei den Produkten vorangetrieben werden können. Die Kompatibilität einer Aktivität mit kapitalistischen Prinzipien kann auch an den notwendigen Investitionen zu ihrer Realisierung gemessen werden. Daneben bestehen aber zahlreiche Aktivitäten, welche ungeeignet sind für eine Industrialisierung; sie sind heute bei der Beschäftigungsaufteilung untervertreten. Der Grund ist einfach: Die Arbeit ist oft zu teuer, um solche Bedürfnisse zu befriedigen.

Das Ergebnis dieser Situation ist bekannt. Entweder handelt es sich um Bedürfnisse, für die viel Geld bereit steht, z.B. für alle Dienstleistungen, die für ein angemessenes Funktionieren der Wirtschaft notwendig sind (Expertisen, Buchhaltungsrevision, Rechts- oder Steuerberatung), oder aber um Luxusbedürfnisse, wo die Kunden über die entsprechende Kaufkraft verfügen (spezialisiertes Haushaltspersonal, Privatchauffeur, 4-Sterne-Hotel usw.). Daneben gibt es den Normalfall (durchschnittliche Kunden), wo der Staat vielfach über Subventionen (Ärzte und das gesamte Personal im Gesundheitssektor, Heimpflege, Kindergärten, Pflegeheime) oder mit anderen Formen der Unterstützung eingreifen muss (z.B. reduzierter MWST-Satz oder MWST-Befreiung). Kurz: Hier werden gewaltige Aktivitäten erbracht, die echten Bedürfnissen entsprechen, aber ohne öffentliche Finanzierungshilfen nicht zu einem vernünftigen Preis geleistet werden können. Da aber die öffentlichen Finanzen in schlechter Verfassung sind, werden die entsprechenden Budgets gekürzt. Dies führt dazu, dass in mehreren Nachbarländern und auch in der Schweiz einerseits ein Arbeitskräftemangel und andererseits Arbeitslosigkeit herrscht. Angebot und Nachfrage suchen einander, können sich aber gegenseitig nicht finden...

All diese Tätigkeitsbereiche weisen einen gemeinsamen Charakterzug auf: Die menschliche Aktivität bleibt für die Qualitätsgarantie der Dienstleistung erstrangig. Man kann sich auch beim nächstgelegenen Take-Away-Stand verpflegen oder vorgekochte Mahlzeiten kaufen, aber dies ist mit einem frisch zubereiteten Essen nicht zu vergleichen. Wenn die Umsätze mit industriellen Lebensmitteln dennoch immer stärker zunehmen, bedeutet das nichts anderes, als dass die meisten Menschen gar keine Wahl haben.

Soziale Eingliederung

Die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben kann nicht erzwungen werden. Dies gilt auch für jene Personen, welche heute vom beruflichen Sozialleben ausgeschlossen sind. Eine Wiedereingliederung per Gesetzesmassnahme, wie sie heute noch in Ermangelung einer Alternative praktiziert wird, verwandelt BürgerInnen in unmündige Kinder und macht sie für verschiedene psychosoziale Krankheiten anfällig. Das Grundeinkommen dagegen setzt auf eine freie und freiwillige Eingliederung¹⁰; es überträgt die entsprechende Verantwortung den BürgerInnen selber. Drei Hauptgründe sprechen für diesen Ansatz.

- Ein psychologischer und normativer Grund: das Gerede der anderen. Passivität führt als solche zu einer sozialen und auch persönlichen Stigmatisierung. Sie kann sogar Depressionen auslösen oder sie verschlimmern.
- Ein intrinsischer Grund: das persönliche Interesse an dem, was man tut, an der gewählten Arbeit, an der Kollegialität bei der Arbeit.
- Ein finanzieller Grund: Das Grundeinkommen sichert die Existenz und ein menschenwürdiges Leben, erlaubt aber nur eine einfache Lebensführung. Für einen Mehrkonsum, z.B. für den Kauf eines Autos oder des allerneuesten Fernsehgerätes, für Ferien im Hotel usw. reicht das Grundeinkommen nicht aus.

Das Grundeinkommen unterstützt selbstverwaltete und von der öffentlichen Hand unabhängige soziale Aktivitäten, die effizienter sind, weil flexibler und motivierter. Damit ist Schluss mit der Bürokratisierung nicht nur der sozialen Aktivitäten, sondern ganz allgemein der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Insgesamt ermöglicht das Grundeinkommen, wie oben gesagt, eine ganze Reihe von Aktivitäten, welche heute nicht rentabel sind, da sie mit zu hohen Arbeitskosten verbunden sind. Zudem fällt die juristische und moralische Abgrenzung zwischen Erwerbsarbeit und Ehrenamt weg. Dabei kann es sich um gewerkschaftliche Organisationen handeln (Berufsberatung, Lohnfragen, Rechtsberatung), um nicht kommerzielle Vereinigungen (konfessioneller oder nichtkonfessioneller Art) oder auch um Organisationen, welche sich der Unternehmenswelt annähern. Solche Vereinigungen haben sich in den letzten Jahren vernetzt im Sektor der so genannten sozialen und solidarischen Wirtschaft, wo die Wertschöpfung minim bleibt, was auch die niedrigen Entschädigungen erklärt (oft gibt es überhaupt keine Ent-

¹⁰ Genau jene Einforderung von Freiheit und Eigenverantwortung fehlt beim dänischen Ansatz der «Flexicurity», der eher mit einer generalisierten Form des Coachings zu tun hat.

schädigungen). Heute werden solche Organisationen zum Teil von der öffentlichen Hand mit Aufträgen oder Geldmitteln ausgestattet. Auf diese Weise delegiert der Staat die soziale Wiedereingliederungspolitik zum Teil an private Träger.

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen erlangen diese Organisationen eine vollständige finanzielle Autonomie. Somit braucht es keine Unterscheidungen oder juristische und steuerliche Abgrenzungen mehr zwischen der gewinnorientierten und der solidarischen Wirtschaft bzw. zwischen dem wirtschaftlichen Eigennutz und dem sozialen Altruismus. Sogar die ehrenamtliche Tätigkeit stellt keine eigene Kategorie mehr dar im Umfeld der Wohltätigkeit, sondern zählt zur Lohnarbeit – allerdings zum Nulltarif. Darüber hinaus entschädigt die soziale und solidarische Wirtschaft die hier Tätigen statt mit Geld und zusätzlicher Kaufkraft mit zwischenmenschlichen Kontakten und der konkreten Solidarität innerhalb der betroffenen Organisation. Zu guter Letzt hebt sie die Moral der Beteiligten und bietet ihnen die Gelegenheit, sich nützlich zu fühlen gegenüber ihren MitbürgerInnen, eine Nützlichkeit, welche durch die Nachfrage nach den entsprechenden Dienstleistungen und somit auch durch den Markt bestätigt wird und nicht kraft eines Verwaltungs- oder Rechtsentscheids.

Es ist von grosser Bedeutung, dass der Wert der geleisteten Arbeit, auch innerhalb der Strukturen der Solidarität, von einem Markt bestätigt wird und nicht von einer administrativen Hierarchie. Die Nützlichkeit einer Dienstleistung für andere Menschen zeigt sich nur in der entsprechenden Nachfrage. Die Tatsache, dass eine Arbeit einen wirtschaftlichen Zweck hat, bedeutet nicht zwangsläufig, dass der Gewinn sämtliche Überlegungen überstrahlt. Dagegen wird in einer Demokratie der Wert einer Dienstleistung für die Gesellschaft durch ihren Verkauf bestätigt.

Grundeinkommen und kollektive Aktion

An dieser Stelle möchte ich einen Hinweis nicht unterlassen, der allfälligen Missverständnissen vorbeugen kann. Das Grundeinkommen mag liberale Wurzeln und Charakteristika aufweisen, aber es verwandelt die Gesellschaft nicht in eine Masse anonymer Individuen. Auch wenn es allen ausgerichtet wird und damit im Anstellungsbereich eine wirkliche Vertragsfreiheit schafft, bedeutet dies noch lange nicht, dass jegliche Form einer kollektiven Organisation a fortiori überflüssig wird oder dass Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände oder andere Interessengruppen hinfällig werden.

Man sollte sich auch nicht der idealistischen Vorstellung hingeben, dass mit dem bedingungslosen Grundeinkommen allein sämtliche Probleme der arbeitenden Bevölkerung gelöst sind. Die Verhandlungen über Löhne und weitere Elemente des Arbeitsvertrags bleiben Bestandteil des Kräftemessens zwischen den Vertragsparteien. Nur kann der einzelne Arbeitnehmer nicht mehr mit existenziellen Drohungen erpresst werden. Daneben bleiben Interessenkonflikte die Regel; die Lösungen ergeben sich aus dem Stand der Kräfteverhältnisse (wäre dies nämlich nicht mehr der Fall, bräuchte es überhaupt keine Verträge mehr).

Dementsprechend haben alle Beteiligten weiterhin Interesse an Verhandlungen. Eine Situation, in der ein isolierter Arbeitnehmer ohne jede Einbindung nur noch Ja oder Nein zu einem Angebot sagen kann, das seine Kaufkraft über das Grundeinkommen hinaus erheblich verändert, wäre ungesund. Das Grundeinkommen schafft zwar die Erpressung mit der Existenz ab, aber es stellt nicht gleichzeitig die paradiesische Übereinstimmung sämtlicher Interessenlagen her. Die Lohnarbeiter (und auch die Konsumenten) machen ihre Rechte weiterhin nicht nur individuell geltend (mit ihren eigenen Präferenzen und Entscheidungen), sondern auch über jene Organisationen, welche ihrer Stimme ein vielfach grösseres Gewicht geben. Dies ist nicht etwa ein Privileg, sondern ein zentrales Attribut des demokratischen Gesellschaftslebens.

Die Liberalisierung der Arbeitsverträge steht meiner Auffassung nach nicht im Widerspruch zu kollektiven Aktionen und Verhandlungen; allerdings dürfte sie ihren Zweck und gewisse Eigenarten verändern. Dank der neuen Konstellation von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, die mit dem Grundeinkommen einhergeht, werden gewisse zwingende gesetzliche oder gesamtarbeitsvertragliche Vorschriften überflüssig. Möglicherweise lässt sich ebenfalls die institutionalisierte Form der Verhandlungen zwischen den zuständigen Organisationen reformieren, welche gegenwärtig der kollektiven Aktion den Charakter eines Mandats verleiht und gleichzeitig bei den betroffenen Individuen zu einer relativen Demotivierung führt.

In der Tat hat bei der Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Legalisierung tendenziell eine Entfremdung zwischen der Organisation und den Mitgliedern stattgefunden (diese Tendenz ist auf der Gegenseite nicht viel anders). Die Gewerkschaften verstehen sich wie in einer repräsentativen Demokratie als Vertretung ihrer Mitgliedschaft, ohne dass diese selber an den Aktionen teilnehmen (mit einzelnen Ausnahmen). In einem Wirtschaftsumfeld, das vom Grundeinkommen geprägt wird,

erlaubt die Stärkung der Arbeitnehmer als Individuen auf dem Arbeitsmarkt eine direktere Gewerkschaftsdemokratie, die auf der aktiven Teilnahme der Beschäftigten oder Arbeitsuchenden beruht, und zwar umso motivierter, als ihr Engagement freiwillig erfolgt bei Aktionen, welche nicht mehr direkt ihr wirtschaftliches Überleben betreffen.

Man darf nicht glauben, dass Menschen in einer Opferposition eine höhere Militanz entwickeln. Dank dem Grundeinkommen emanzipieren sich die Arbeiter vom Status eines Objektes kollektiver Aktion und übernehmen selber die Verantwortung für solche Aktionen, an denen sie sich mehr denn je freiwillig beteiligen.

Grundeinkommen und globaler Kapitalismus

Kriegszustand

Aus einer gewissen Distanz stellt sich die Frage: Wie steht es eigentlich genau mit dem freien Handel? Einige Feststellungen drängen sich auf. Tatsache ist, dass wir uns in einem Kriegszustand befinden, der uns einige Problemen schafft, obwohl es sich im Moment – im besten Fall – nur um einen wirtschaftlichen Krieg handelt. Worum es dabei geht: um die Wettbewerbsfähigkeit, um Arbeitsplätze, um Wachstum, um unseren Lebensstandard. Auf der Kostenseite: um Sozialabbau in allen möglichen Formen. Die Bilanz sieht für alle gleich aus, etwas gemildert für die Gewinner, katastrophal für die Verlierer. Es gibt in diesem Zusammenhang definitiv keinerlei Win-Win-Situation; dies ist wieder einer jener Mythen, welche man uns unablässig vorbetet und welche nur auf Einzelfällen beruhen, die an die grosse Glocke gehängt werden. So genießt dieser Mythos bei uns ein recht zähes Leben.

In Wirklichkeit geht es hier wie in allen Kriegen um Sieg oder Niederlage. Es kommt nicht darauf an, ob man sich dabei den gesamten Planeten, ein Schwellenland, Afrika südlich der Sahara oder einen Schweizer Kanton ansieht: Eine rein vom Freihandel bestimmte Wirtschaftsentwicklung führt grundsätzlich zu Ungleichheiten. Überall, ohne Ausnahmen, schafft sie gleichzeitig Reichtum und Armut. Dagegen kommen auch die wunderbarsten Wachstumsstatistiken und sogar das zunehmende BIP pro Kopf nicht an, da die betreffenden Einwohner nur eine statistische Grösse darstellen. Immer mehr Neureiche und immer mehr Neu-

arme, wenn nicht Schlimmeres¹¹: das ist die Realität. Es braucht keine wissenschaftlichen Untersuchungen, um dies zu verstehen; man braucht sich nur den in der Wirtschaftsgeschichte einmaligen Aufschwung der Luxusgüterindustrie zu vergegenwärtigen, einen der gewaltigsten Wachstumsmärkte auf dem Planeten, wo übrigens die Schweizer Wirtschaft durchaus gut positioniert ist.

So ist es nämlich. Unsere Armeen bestehen nicht aus Panzerdivisionen, sondern es sind unsere auf der ganzen Welt aktiven Unternehmungen. Unsere Generäle tragen keine Uniform und sind dennoch erstrangige Strategen, vor denen man den Hut ziehen muss: Insgesamt halten sie sich ganz gut, auch wenn sie nur kleinere und mittlere Bataillone an Spezialisten führen. Das Problem liegt anderswo. Diese Armee dient nicht etwa unserem Schutz und unseren Interessen; sie ist nur ihren Eigentümern gegenüber verantwortlich, d.h. ihren Aktionären beziehungsweise auf der ganzen Welt, pardon, auf der ganzen Welt der Reichen verstreuten Anlagefonds. Mit anderen Worten: Es handelt sich nicht um unsere Armee, sondern um eine Armee unter Führung der kosmopolitischen Finanzelite, welche ihr Lager nur insofern in der Schweiz aufstellt, als sie hier günstige Bedingungen vorfindet. Dafür braucht es eine entsprechend disponierte Bevölkerung, eine zuverlässige öffentliche Verwaltung, das Knowhow und die Zuverlässigkeit unseres Humankapitals, es braucht die Lohnzurückhaltung der untersten Klassen sowie die Steuerzurückhaltung des Staates gegenüber den Reichsten; all diese Faktoren müssen den Waffenplatz Schweiz genügend interessant machen. Worum geht es also? Erpressung? Freihandel? Wirtschaftspatriotismus? Jedenfalls ist dieser Krieg, dessen Sieger in der Mehrheit Salonpazifisten sind, welche die Gewalt der unteren Schichten verabscheuen (z.B. in den Pariser Vorstädten, im Nahen Osten, Darfur, die Al Kaida usw.), mit Sicherheit ein bizarrer Krieg.

Wenn ich mich recht erinnere, hat Bertolt Brecht einmal gesagt, dass die Entwicklung des Patriotismus umgekehrt proportional verlaufe zur Entwicklung der Kaufkraft. Diese Aussage hat auch heute noch ihre volle Gültigkeit.

Auf der Suche nach einer Alternative

Aber warum ist das alles so? Weshalb dieser Zusammenhang von Tausch und Ungleichheit? Die Antwort ist von entwaffnender Logik: ganz einfach, weil der Handel systematisch auf der Ausbeutung einer existenziellen Notwendigkeit anderer Per-

¹¹ Das Schlimmere ist auch ein Ergebnis jenes Zusammenhangs von Elend und Ausbeutung: auf der einen Seite alle Mafiageschäfte, auf der anderen alle Fundamentalisten.

sonen beruht. In Tat und Wahrheit ist der Austausch eben nicht wirklich für alle Menschen frei. Nur der Zwang, die Not mit der ganzen, von ihr ausgehenden Gewalt, kann erklären, dass der Austausch nicht zu einer besseren Verteilung der Reichtümer und der Früchte des Wirtschaftswachstums führt.

Im Rahmen der Marktwirtschaft beruht das Wirtschaftswachstum seit eh und je und auch heute noch, vor allem in den Schwellenländern, auf dem Übergang von lokalen Wirtschaftsräumen, die bislang im wesentlichen Selbstversorgung kennen und traditionell autark sind, in Richtung Warenproduktion für den Weltmarkt. So reicht es beispielsweise für einen lateinamerikanischen Bauern nicht aus, das Loblied der zwei oder drei Dollar zu singen, die er auf diesem Markt mehr verdient; man muss diesen Zusatzverdienst ins Verhältnis stellen zu den 3-5 Dollars an neuen Ausgaben, welche notwendig sind, um sozusagen die neuen «Schwellenbedürfnisse» abzudecken, die mit der Aufgabe der wirtschaftlichen Autarkie verbunden sind. Wenn man für Nestlé oder Unilever arbeitet, hat man keine Zeit mehr, selber Gemüse anzubauen oder seine Hütte mit den traditionellen Methoden instand zu halten. Deshalb bezahlt man, sofern man die Mittel dazu hat, für die entsprechenden Arbeiten, oder aber man nimmt eine Verschlechterung der Lebensqualität in Kauf. In diesem Zusammenhang sollte man endlich damit aufhören, Krokodilstränen über die armen Bauern der dritten Welt zu vergiessen, welche angeblich wegen unserer Agrarsubventionen zur Armut verdammt sind. Nicht sie sind die wirklichen Opfer unseres Protektionismus, denn ihre marktwirtschaftliche Ausrichtung ist rein lokaler Natur. Vielmehr ist es die in einzelnen Südländern aktive Agrar- und Lebensmittelindustrie, welche ihre Produkte den Bauern praktisch gratis abkauft, um sie uns am Ende der Fabrikations- und Transportkette in allen Weltgegenden wieder zu verkaufen, und zwar zu einem Weltmarktpreis, welcher bei uns aller Konkurrenz Hohn spottet. Arme multinationale Unternehmungen! Arme WHO! Arme Regierungen! Der Agrarprotektionismus schützt die Bauern vor der Import-Exportwirtschaft, in der Schweiz ebenso wie in Brasilien oder Senegal.

Selbstverständlich würde der Diskurs ganz anders aussehen, wenn die Bauern in Kamerun oder in Vietnam ein Grundeinkommen hätten, das ihnen gegenüber den lokalen und multinationalen Agrarhändlern eine ernsthafte Verhandlungsbasis verschaffen würde. Auf einen Schlag bräuchte es kein Havelaar-Label mehr, da der Handel sowieso gerecht wäre. Noch einmal: Wir wehren uns nicht gegen den Weltmarkt; wir stellen nur den Vertragszwang an den Pranger, den Handel zu Bedingungen, welche der Stärkere nach Belieben diktieren kann.

Beim aktuellen Stand der Dinge hat es keinen Zweck, für alle auf dem Markt aktiven Teilnehmer ein gleiches Einkommen zu fordern. Eine solche Forderung tönt sowieso recht altmodisch und ist nicht mehr zeitgemäss. Im Gegenteil: Die Ungleichheit in der Gestalt einer Prämie für gute Leistung hat erst einen Wettbewerb ermöglicht, der uns trotz allem Vorteile gebracht hat. Der Beste soll gewinnen! Nur so gibt es einen Fortschritt, gleich wie bei der natürlichen Evolution. Und so setzt sich das Bessere denn auch durch: Es wird zur Normalität. Wir können und wollen den Zivilisationsmotor nicht anhalten. Dagegen können wir ihn so modifizieren, dass er mit einem anderen Treibstoff funktioniert. Anstelle des Kampfs ums Überleben, welcher aus dem Wachstum einen Selbstzweck gemacht hat, der letztlich die ganze Menschheit bedroht, brauchen wir eine Art von erneuerbarer Energie, welche heute in den Dienst des Fortschritts zu stellen ist: die Freiheit der Arbeit.

Weltmarkt und Ernährungssouveränität

Da wir hier bei der Ernährung angelangt sind, wollen wir uns einen Moment lang der Agrar-Ernährungskette widmen. Es stellt sich eine zweifache Frage: Bis wohin kann die Industrialisierung der Landwirtschaft gehen? Und wie weit kann ihre Globalisierung gehen? Ist es normal, dass Tomaten dreimal auf dem Kontinent rauf und runter verschoben werden müssen, bevor sie in der Form von Ketchup auf dem Tisch des Konsumenten landen? Warum sind die ausländischen Produkte in der Regel billiger als die regionalen Erzeugnisse?

Eigenartigerweise ereignet sich dies nicht nur in den reichen Ländern. So verkaufen offenbar auch in Mexiko die Multinationalen den Lebensmittel-Grundbedarf billiger als die regionalen Bauern, was das Verschwinden ebendieser Bauern zur Folge hat mit ihren Traditionen, neben der forcierten Überbevölkerung in den Städten; man kann sogar von einer Destabilisierung der gesamten Gesellschaft sprechen¹². Der einzige Unterschied besteht darin, dass in der Schweiz die Bauern dank den Subventionen weniger schnell bzw. geordnet verschwinden. Abgesehen von den sozialen Problemen besteht die Gefahr der Globalisierung hier im ökologischen Bereich. Das Rennen um die Produktivität und die relativ niedrigen Transportkosten verfälschen effektiv die Konkurrenz zulasten der Qualität; sie

¹² Mehr Informationen hierzu bei: Pisani, E., und Libiez, M., «Une politique mondiale pour nourrir le monde / Eine Weltpolitik für die Welternährung», Springer Verlag, Paris 2007

gefährden die Lebensmittel-Biodiversität. Weltweit brauchen wir wahrlich nicht mehr als zwei oder drei Flugzeugbauer, aber den Artenreichtum z.B. beim Reis oder bei den Kartoffeln sollten wir nicht auf dem Altar der Produktivität opfern. Wir sollten nicht unversehens zu Stalinisten werden!

Die Bauern haben nicht auf die Grünen gewartet, um auf die Barrikaden zu gehen. Es ist hier leider nicht der Ort, die faszinierende Geschichte des weltweiten Handels mit Agrarprodukten zu erzählen, von den Unterschieden zwischen den Produktionspreisen und den Verkaufspreisen in den Supermärkten usw. usf. Übrigens hält auch hier die Entwicklung nicht still. Allerdings möchten wir in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass in gewissen Regionen der Welt die armen Bauern sich zusammengeschlossen haben und Forderungen stellen, die in der Substanz protektionistisch sind. Sie verlangen eine Ernährungssouveränität, in deren Namen sie sich gegen die destabilisierenden Auswirkungen des Weltmarkts auf ihre Lebensweise und ihren Beruf wehren wollen. Diese Haltung beschränkt sich selbstverständlich nicht auf die armen Bauern. In England zum Beispiel profitiert offenbar das Königshaus am stärksten von den Agrarsubventionen der EU. Das sind nun mal wahrhaftige Ernährungssouveräne!

Eigentlich ist es peinlich. Die Gruppen mit den besten Beziehungen kommen stets heil davon, weil sie im Staatswesen ausreichend politischen Einfluss ausüben. In den USA verfügen sie über ihre Lobbies, aber auch bei uns. Es reicht jedoch nicht aus, das Hohelied des Freihandels zu singen; wir müssen unseren Liberalismus auf eine materielle Sicherheit abstellen, wie sie das Grundeinkommen bringt. Dies betrifft den Landwirtschaftssektor ebenso wie alle anderen Aktivitätsbereiche, über die wir oben gesprochen haben.

Jedenfalls ändert sich die Situation mit einem bedingungslosen Grundeinkommen von Grund auf. Wo Rationalisierung und Automatisierung ihren Sinn haben, können sie dank dem Grundeinkommen leicht stattfinden (unangenehme oder stumpfsinnige Arbeitsplätze); wo eine Industrialisierung unmöglich oder der Qualität der Dienstleistung abträglich ist, verschafft das Grundeinkommen die notwendige Freizeit für eine Neubewertung der menschlichen Aktivität. Dabei kann es sich um weniger gut bezahlte Arbeitsplätze als heute handeln, die aber an sich attraktiver sind; oder es entwickeln sich Formen einer Beteiligung der Konsumenten an der Produktion (zum Beispiel in der Landwirtschaft zur Erntezeit, wie dies schon heute teilweise der Fall ist). Kein einziger Bauer ist mehr den Zufällen des Weltmarktes ausgesetzt, da er wie alle anderen Menschen auch nicht einfach vom

Ertrag seiner Verkäufe lebt, sondern daraus nur ein zusätzliches Einkommen zieht (vorausgesetzt, er führt seinen Betrieb marktgerecht).

Allgemeiner gesprochen ist es offensichtlich, dass das Grundeinkommen der Arbeit einen neuen Sinn verleiht: Arbeit entwickelt sich als Beitrag zum Gemeinwohl, als Aufwertung persönlicher Fähigkeiten oder auch, kurz gefasst, als schöpferische Tätigkeit. Es geht um nichts mehr und nichts weniger als um die gesellschaftliche Organisationsform, welche der postindustriellen Epoche angemessen ist. Dabei muss allerdings sichergestellt werden, dass diese Organisation mindestens so ausgeglichen ist wie die heute bestehende gesellschaftliche Ordnung.

Soziale Gerechtigkeit

Jedermann weiss, dass es eine soziale Gerechtigkeit braucht, und zwar eine, welche die wirtschaftliche Initiative fördert und dennoch den Namen Gerechtigkeit verdient. Dieses Prinzip wird im aktuellen System, das sich im Wesentlichen auf die Logik des Versicherungsvertrags¹³ abstützt, nicht mehr respektiert. Es muss deshalb in allen seinen Aspekten neu durchdacht werden. Wenn dies nicht gelingt, drohen Ungerechtigkeiten, wie wir sie heute kennen.

Das Grundeinkommen kann im Prinzip auch als Grundrecht betrachtet werden. So gesehen, müsste es sowieso umgesetzt werden, unabhängig von allfälligen Kosten, zu jedem Preis. Die Geschichte lehrt uns aber, dass Sozialpolitik nicht losgelöst von den prosaischen Finanzierungsfragen betrieben werden kann. Es können nur Werte verteilt werden, die zuvor geschaffen wurden. Dies ist ein Gesetz, dem kein Staat und kein System entrinnen kann. Somit muss man auch beim Grundeinkommen das Gerechtigkeitsprinzip realistisch umsetzen, das heisst unter Berücksichtigung der Bedingungen für die Wertschöpfung und hier insbesondere der Attraktivität der Beschäftigung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die betroffene Bevölkerung. Davon wird noch die Rede sein anlässlich unserer Vorschläge zum Steuerwesen; aber bereits hier halten wir fest, dass das Grundeinkommen an sich, aufgrund seiner Bedingungslosigkeit, mit der es sich von allen bestehenden Systemen unterscheidet, unmittelbar keinerlei negative Auswirkungen

¹³ Das Prinzip der Sozialversicherung stammt von Bismarck.

gen auf die Erwerbsarbeit hat. Im Gegensatz zu den recht häufigen Erscheinungen bei der aktuellen Sozialhilfe gibt es keinen Arbeitnehmer, welcher in Zukunft mit einer bezahlten Arbeit weniger als das Grundeinkommen verdient.

Gleichheit

Was heisst genau soziale Gerechtigkeit? Heisst es, dass alle Menschen ein Auto mit Allradantrieb fahren sollen? – Wenn dieser Scherz einen Sinn macht, dann deshalb, weil das überkommene Gerechtigkeitsprinzip vom Begriff der Gleichheit untrennbar scheint. Dies ist eines der ältesten Themen der Menschheit. Von den Anfängen der Kultur an gilt die Rache als Form der Privatjustiz, mit der ein Ausgleich geschaffen wird bzw. ein Gleichgewicht aus Gleichbehandlung entsteht: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Spätere Entwicklungsstufen der Zivilisation setzen die Gleichheit der BürgerInnen vor dem Gesetz an oberste Stelle; daraus findet der moderne Rechtsstaat seine Legitimation.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – auch beim republikanischen Ideal steht die Gleichheit im Zentrum der Überlegungen. Allerdings bedeutet die Gleichheit vor dem Gesetz nicht gleichzeitig materielle Gleichheit – bei weitem nicht. Ohne hier als Nostalgiker der alten Monarchien zu argumentieren, könnte man behaupten, dass erst die Rechtsgleichheit als institutionelle Grundlage des Liberalismus die letzten Hindernisse vor der tatsächlichen Ungleichheit aller beseitigt. Vor diesem Hintergrund hatte die Sozialdemokratie des 19. und 20. Jahrhunderts die Tendenz, die reale Gleichheit als neues Ideal der sozialen Gerechtigkeit zu entwickeln und zu fordern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, hiess die Parole. Aber was heisst jetzt exakt «Arbeit»? Ist es der Wert der abgelieferten Zeit, oder geht es um die Leistung, um das erzielte Ergebnis? Hier liegt mit Sicherheit genügend Stoff für ausgedehnte ideologische Auseinandersetzungen unter den verschiedenen politischen Strömungen; jedenfalls haben egalitäre Forderungen niemals die Unterstützung des Wirtschaftsmilieus gefunden. Wie bereits erwähnt, erreichte die egalitäre Tendenz aufgrund der politischen Konjunktur der Nachkriegszeit sowie wegen den technischen und organisatorischen Bedingungen des damaligen Industrialisierungsprozesses ihren Höhepunkt im Zeitraum zwischen 1945 und 1975. Seither hat sich der Wind gedreht, ohne dass die Sozialdemokratie dagegen etwas auszurichten vermochte. Heute sorgen die zunehmenden Einkommensungleichheiten für Misstrauen oder sogar Ablehnung bei den unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten.

Andererseits entspricht der Versuch, die Rechtsgleichheit per Dekret auch in der Wirtschaft durchzusetzen, einer egalitaristischen Auffassung, welche grundsätzlich den Unterschied zwischen dem Konkreten und dem Normativen, zwischen der Realität und dem Ideal bestreitet¹⁴. Ähnlich wie die generellen und abstrakten Rechtsnormen begreift der Egalitarismus die BürgerInnen ebenfalls als generelle und abstrakte Menschen... Es gibt aber kein Gesetz, welches alles regelt. Je stärker der Rechtskörper in diese Richtung geht, desto komplizierter wird er in der Anwendung. Die Menschen merken dies spätestens an den Schaltern der Sozialbürokratie; sofern sie dazu noch in der Lage sind, müssen sie diese Gesetzespraxis als Angriff auf ihre Freiheit und ihre Würde empfinden. Um es zu wiederholen: Oft liegt hier ein wichtiger Grund, weshalb die BürgerInnen die Sozialhilfe gar nicht in Anspruch nehmen, auf die sie eigentlich ein Anrecht hätten, mindestens solange sie sich noch etwas weiter einschränken können.

Sodann lässt sich nicht bestreiten, dass in einer liberalen Wirtschaft die Gleichbehandlung schlicht ein Nonsens ist. Die unterschiedliche Leistungskraft und Effizienz, wie sie jeder Unternehmensverantwortliche erlebt, zeigen im Gegenteil, dass eben durchaus alle Menschen ungleich sind. Die einen sind energisch, andere eher besinnlich, diese sind kühn, jene zurückhaltend, neben geborenen VerkäuferInnen gibt es auch Antitalente.

Also nochmals: Was tun? Ungleichheiten sind ein Fakt, da wir uns für die Freiheit entschieden haben – mit einer, allerdings gewichtigen Ausnahme: Die Arbeit als solche bleibt für die grosse Mehrheit der Weltbevölkerung eine reale Verpflichtung. Umgekehrt ist es eine Tatsache, dass es auf dem ganzen Globus bei weitem nicht genug Arbeit für alle Menschen gibt. Die Folgen sind verheerend: Erpressung wird zur Regel. In den armen Ländern verkaufen die Menschen das, was ihnen gerade noch übrig geblieben ist, um jene Mafia zu bezahlen, welche sie illegal in die «Arbeitsparadiese» in Europa und Nordamerika einschleppen. Hingegen in den reichen Ländern, also bei uns, führt die Furcht vor dem Verlust unserer kleinen Privilegien dazu, immer mehr bittere Pillen bezüglich der Löhne und der Arbeitsbedingungen zu schlucken.

Angesichts dieser Entwicklungen müssen wir unsere Auffassungen der sozialen Gerechtigkeit von Grund auf überdenken. Was ist gut, was ist schlecht? Was ist von den Handelsbeziehungen zu halten, was von den Ungleichheiten, von der Armut und ihrer Ausbeutung? Was kann der Staat tun und was nicht? Und vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, welche Rolle ein bedingungsloses

¹⁴ Auch hier lauern Totalitarismus und Fundamentalismus im Gebüsch.

Grundeinkommen spielen kann. Ich vertrete die Meinung, dass wir gegen diese schockierenden Auswirkungen der Globalisierung nicht mit der traditionellen egalitären Moral angehen können. Konkret: Mich stören die Milliarden von Herrn Sowieso nicht besonders; hier geht es um Fragen der Unternehmensstrategie, und wenn es Benachteiligte gibt, so sind es die Eigentümer bzw. die Aktionäre. Jedenfalls ist es nicht mehr als logisch, dass diejenigen, welche die Kontrolle über die ausführenden Organe ausüben – also die Aktionäre –, letztlich auch über die Entschädigungen bestimmen. Armut dagegen ist aus ethischer Sicht wirklich unerträglich und auf längere Frist für die Gesellschaft gefährlich.

Ausgehend von dieser Feststellung kann eine neue Konzeption der sozialen Gerechtigkeit gewonnen werden. Wir dürfen uns nicht nach oben orientieren, wo Neid und Missgunst das Gerechtigkeitsgefühl unterminieren. Wir müssen uns mit dem unteren Ende beschäftigen, um endlich der Drohung mit der Not ein Ende zu setzen. Praktisch und theoretisch verleiht uns nur ein Grundeinkommen die Mittel dazu.

Gerechtigkeit und Effizienz müssen neu verbunden werden. Allerdings, um sie richtig zusammenzufügen, muss man sie zunächst richtig trennen, sonst entsteht Verwirrung anstatt einer Verbindung. Diese Verwirrung äussert sich z.B. darin, dass der Staat die Arbeitslosen bezahlt, um sie zu beschäftigen, ohne jedes Interesse am Wert dieser Arbeit und mit dem ausschliesslichen Ziel, ihnen in unserer sozialen Ordnung einen Platz zuzuweisen. Denselben Salat hätten wir, wenn der Staat durch eine legale Arbeitsverteilung die Arbeitsplätze im Namen der Gleichheit retten oder umverteilen würde. Das Grundeinkommen dagegen beruht auf einer klaren Unterscheidung zwischen den wirtschaftlichen und den sozialen Bereichen – auf mehreren Ebenen:

- *Bei den Einkommen:* Einerseits ein soziales Grundeinkommen, das nach objektiven Kriterien festgelegt wird und gleich ist für alle; andererseits ein privates Einkommen in variabler Höhe, je nach geleisteter Arbeit oder investiertem Kapital.
- *Bei den Konsumausgaben:* Einerseits die Befriedigung der Grund- bzw. Existenzbedürfnisse für ein würdiges Leben; andererseits die Erfüllung weitergehender Konsumwünsche.
- *Bei den Produktionskosten:* Einerseits die privaten (direkten) Arbeitskosten, welche von der arbeitgebenden Unternehmung getragen und zu Marktpreisen bezahlt werden. Andererseits die sozialen (indirekten) Kosten derselben Arbeit, welche zunächst von allen Unternehmen zusammen und, wie es weiter unten noch erläutert werden soll, im Verhältnis zum geschaffenen Mehrwert getragen, letztlich aber durch die Konsumenten bezahlt werden, d.h. von jenen, welche von den Leistungen anderer Gebrauch machen wollen.

Philosophisch gesehen führt das Grundeinkommen wie oben ausgeführt zum Übergang vom «Reich der Notwendigkeit» zum «Reich der Freiheit». Ich kann nur wiederholen, was ich weiter oben bereits gesagt habe: Das Problem liegt nicht bei der Marktwirtschaft als solchen oder bei der Ungleichheit an und für sich. Das wirkliche Problem liegt bei der Armut und ihrer Ausbeutung. Unanständig werden die Millionengewinne an den Börsen oder die Spitzensaläre von Leitern multinationaler Unternehmen erst im Verhältnis zur Armut, egal, ob man davon direkt betroffen ist oder sie befürchten muss. Setzen wir dem Not- und Zwangssystem ein Ende, und wir können auch mit der Verurteilung des Erfolgs Schluss machen.

Wenn die Arbeit freiwillig wird, gibt es keinen Erfolg mehr auf dem Buckel der anderen

Sofern aus ethischer Sicht gegen eine seriöse und gesetzeskonforme Leistung nichts mehr einzuwenden ist, wird man sie auch honorieren können, ohne sofort als Volksfeind dazustehen. Dieser Punkt ist viel wichtiger, als man zunächst annehmen mag. Es handelt sich um eine psychologische, aber auch normative Frage. Wie so oft in diesem Bereich hängt die Realität letztlich von der Vorstellung ab, die man von ihr hat. So wird in einem Land oder in einer Kultur, wo man die Reichen oder die «Kapitalisten» für Diebe hält, die Finanzwelt immer mehr Personen anziehen, welche tatsächlich weniger Skrupel haben, da sie gegenüber solchen sozialen Vorwürfen psychologisch eher immun sind. Es besteht aber ein grosser Unterschied zwischen der kapitalistischen Rationalität und der Abzweigung von Geldmitteln in allen ihren Formen. Letzteres ist eines der wichtigsten Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung in vielen Kulturen; heute besteht das Risiko, dass es auch unsere eigene Lebensweise destabilisiert.

Noch einmal: Angesichts der wirtschaftlichen Ungleichheiten ist die einzige Lösung, die gleichzeitig sozial und liberal ist, die endgültige Abschaffung der Armut. Hinzu kommt, dass jede Justiz, die auf egalitären Normen beruht, tendenziell den Neid legitimiert und so durchaus die Grundlagen für gewalttätige Ausschreitungen legt, wie sie uns in der jüngsten Geschichte noch in Erinnerung sind und die wir um keinen Preis wiederholen möchten.

Schliesslich, wenn es uns gelingt, das gesetzte Ziel zu erreichen und die Sicherung der Existenz und des menschenwürdigen Lebens vom Spiel von Angebot und Nachfrage abzukoppeln, können wir für den ganzen Rest alle moralischen Einwen-

dungen gegenüber diesem Spiel aufheben. Konkret gibt es nichts mehr einzuwenden gegen Privatisierungen, es braucht keinen besonderen Wirtschaftsprotektionismus mehr, die Konkurrenzhindernisse auf den Binnenmärkten können beseitigt werden, und es ist sogar möglich, die direkte Besteuerung der natürlichen Personen mit einem Einheitssteuersatz vorzunehmen, wie wir dies aufzeigen werden, anstelle der heutigen progressiven Steuern, die mindestens in der Schweiz nurmehr eine politische Fiktion sind¹⁵.

Grundeinkommen und Steuerwesen

Bei den Steuern handelt es sich heute nicht mehr um eine Abgabe an die Herrschaften, sondern um die Finanzierung der gemeinsamen Ausgaben und möglicherweise auch um einen Anreiz, sich solidarisch zu verhalten (z.B. im Kampf gegen die Klimaerwärmung). Das Steuerwesen muss einfach sein und soll keine sozialpolitischen Beilagen aufweisen; denn im Sozialbereich übernimmt dann ja das Grundeinkommen all diese Funktionen in viel effizienterer Weise. Das Steuerwesen darf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht bestrafen; denn letztlich ist es doch diese Performance, welche auch das Grundeinkommen finanziert. Das Steuerwesen darf auch die Marktregeln nicht verfälschen, wie dies heute der Fall ist, und zwar so weit, dass in manchen Firmen der Steuerberater wichtiger wird als der Verkaufsleiter.

Die Festlegung der Steuer muss auch die internationale Steuerkonkurrenz berücksichtigen. Dieses Tabuthema sollte man ohne Vorurteile angehen. Dazu braucht es «nur» die Eigenschaft, für einen Augenblick vom herrschenden Gesellschaftszustand zu abstrahieren und die Argumentation um das Grundeinkommen bis zur letzten Konsequenz zu führen.

Die heutigen direkten Steuern

Heute ist die direkte Besteuerung gleichzeitig entmutigend, bürokratisch und willkürlich. Die Komplexität des geltenden Steuerrechts ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Staat mittlerweile die Besteuerung zur Erreichung der unter-

¹⁵ Sofern man die Steuer auf die Bruttoeinkommen bezieht (weitere Erläuterungen finden sich im nächsten Kapitel).

schiedlichsten politischen Ziele verwendet, welche mit dem eigentlichen Sinn der Steuern nichts zu tun haben. Die Mehrheit der entsprechenden Vorschriften betrifft entweder die Sozialpolitik oder die Förderung der Beschäftigung (welche übrigens ebenfalls als eine Form der Sozialpolitik angesehen werden kann).

Die direkten Steuern sind gleichzeitig zu kompliziert und zu stark auf die Stabilität der Arbeitsstellen ausgerichtet, wogegen das Ziel der Umverteilung von Kaufkraft nur teilweise oder überhaupt nicht erfüllt wird.

- *Zu kompliziertes Steuerrecht:* Die zunehmende Komplexität der Steuervorschriften, welche in der Schweiz noch durch den Föderalismus multipliziert wird, verstösst gegen das Effizienzprinzip. Die Steuerverwaltungen verlieren ebenso wie die Steuerpflichtigen zuviel Zeit und Geld, um die effektive Besteuerung zu berechnen. Diese Kritik betrifft insbesondere die Kampfbahn zwischen Brutto- und steuerbarem Einkommen.

- *Die Besteuerung beruht auf stabilen Anstellungsverhältnissen und Unternehmensorganisationen:* Solange die grosse Mehrheit der aktiven Bevölkerung in dauerhaften Anstellungsverhältnissen bei einem Unternehmen beschäftigt war, war die Festlegung der Steuern und die Kontrolle der Steuererklärung (Lohnausweise) relativ einfach. Aber heute macht die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts (Teilzeitarbeit oder beschränkte Vertragsdauer, Aufträge statt Anstellung, für mehrere Arbeit- oder Auftraggeber usw.) die Bestimmung des steuerbaren Einkommens immer aufwändiger¹⁶.

- *Willkürliche und scheinheilige Besteuerung:* Was die natürlichen Personen angeht, so wird die direkte Besteuerung heute grösstenteils zu Unrecht als sozialer angesehen als die indirekten Steuern. In der Realität wird das Prinzip der Umverteilung (Transfer von Nettoeinkommen) aufgrund der progressiven Steuersätze weitgehend neutralisiert durch die sehr reale Progression der zulässigen Abzüge¹⁷.

¹⁶ «Konzipiert wurde unser Steuerwesen für Lohnabhängige mit stabiler Berufstätigkeit sowie mit einem einzigen Arbeitgeber und Arbeitsplatz. Was beobachten wir aber heute, abgesehen von Menschen, die ein Zeitlang arbeitslos sind? Man stellt fest, dass immer mehr Leute mit Aufträgen oder Werksverträgen und mit einem mehr oder minder deklarierten Unabhängigkeitsstatus beschäftigt sind, weil innerhalb der Unternehmungen Personalabbau betrieben wird (das nennt man: Contracting Out). Dies ist bereits der Fall bei den Informatikern, während für SekretärInnen und andere Berufe, infolge verstärkter Mobilität im tertiären Sektor, der Trend noch im Kommen ist. Wie wird der Staat in diesem Zusammenhang das Steuerwesen organisieren, wie kommt der Fiskus auf die Spur der Realeinkommen?» (Dafflon 1998)

¹⁷ Laut denselben Quellen ist berechnet worden, dass die vom Bruttoeinkommen zulässigen Abzüge die Progressivität der Steuersätze kompensieren. Unterm Strich hat

Das Argument ist scheinheilig und dient vor allem politischer Propaganda. Im Übrigen ist für eine sehr mobile Gesellschaft wie die unsrige auch das Prinzip des Steuerdomizils problematisch.

Für juristische Personen mit Gewinnerorientierung, d.h. für die Unternehmen, ist die direkte Besteuerung (die Besteuerung der Gewinne) in erster Linie eine Frage der Kräfteverhältnisse. Bevor sie ihre steuerliche Niederlassung wählen, handeln die Unternehmen Steuerrabatte aus als Gegenleistung für die entstehenden Arbeitsplätze. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Besteuerung einen nicht zu unterschätzenden Kostenfaktor bei der Unternehmensführung darstellt, welcher sich selbstverständlich auch auf die Verkaufspreise von Gütern und Dienstleistungen auswirkt. All dies trägt zum BIP-Wachstum bei. Würde das Grundeinkommen allein dadurch, dass die Bürokratie wegfällt, wirklich zu einem Rückgang dieses berühmten BIP führen?

Lohnpolitik und Besteuerung

In den Vereinigten Staaten haben sich die Sozialpartner seit dem «New Deal» von Franklin Roosevelt zusammen mit ihren politischen Vertretern darauf geeinigt, den Arbeitern (auch den nicht qualifizierten) etwas mehr als den reinen Marktpreis zu bezahlen (in Europa zog man kurze Zeit später nach). Neben dem Teuerungsausgleich, welcher nur der Sicherung der realen Kaufkraft diene, berücksichtigten die ausgehandelten Lohnerhöhungen auch die realisierten Produktivitätsgewinne. In der Regel wurde der Kuchen zweigeteilt: Die Hälfte der Produktivitätsgewinne entfiel auf das investierte Kapital und die andere Hälfte auf die Arbeitnehmer. Auf diese Art konnte in den industrialisierten Ländern der Lebensstandard immer stärker angehoben werden bis auf jenes Niveau, an das wir uns in der Zwischenzeit gewohnt haben.

Andererseits wurden die mit der Marktwirtschaft untrennbar verbundenen Einkommensungleichheiten nachträglich über die Besteuerung abgeschwächt. Konkret hat man sich darauf geeinigt, diese Unterschiede durch die direkte Einkommenssteuer

sich somit die reale Besteuerung als linear gezeigt, wenn auch darüber nicht viel Publizität gemacht worden ist. Seitdem haben, wie man weiss, unter dem Druck des Steuerwettbewerbs und vielleicht auch als Folge eines gewissen Modeeffekts, mehrere Kantone diese steuerliche Diskretion aufgegeben und die Legitimität der linearen oder sogar degressiven Besteuerung eingefordert.

mit progressiven Steuersätzen auszugleichen, wodurch die Steuerpflichtigen je nach Einkommen tiefere bzw. höhere Prozentsätze zahlen.

Gleichzeitig wurden aber im Lauf der Jahre immer mehr Abzugsmöglichkeiten eingeführt. Wohlhabende Steuerpflichtige können hier bedeutend mehr geltend machen als Menschen mit geringen Einkommen. Mit dem Preis einer zunehmenden Komplexität wurde auf diese Weise das ausgleichende Prinzip bei der Besteuerung de facto ausgehöhlt. Für die hohen Einkommen wurden Hintertürchen eingebaut, damit die Betroffenen nicht zum Wegzug veranlasst würden. Die progressive Einkommenssteuer gehört somit in der Zwischenzeit weitgehend in den Bereich der politischen Heuchelei und verschafft den einen ein ruhiges Gewissen und den anderen eine diskrete Behandlung¹⁸.

Steuerwesen im globalen Kapitalismus

Seit dem Ende des kalten Kriegs hat der neue globalisierte und liberalisierte Kapitalismus zu zusätzlichen Einkommensungleichheiten auf der ganzen Welt geführt, aber auch innerhalb der einzelnen Länder und sogar in den Unternehmen selber. In der Schweiz und anderswo nahm die Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht mehr im gleichen Mass zu wie die Arbeitsproduktivität. Die Unternehmen sehen sich heute einer erbitterten Konkurrenz ausgesetzt und verwenden die Produktivitätsgewinne zur Senkung ihrer Selbstkosten, um mehr zu verkaufen, um zu wachsen und ihre Gewinnmargen auszudehnen; der Ertrag geht an die Anleger. Von der spürbaren Erhöhung der Arbeitsproduktivität haben die Beschäftigten nichts; sie

¹⁸ «Gemäss einer von der Arbeitgeberorganisation Economiesuisse in Auftrag gegebenen Studie finanzieren die reichsten 20% der Steuerpflichtigen 38% der öffentlichen Ausgaben. Professor Dafflon bestreitet einen Teil dieser Zahlen und kritisiert gewisse Vermischungen. Darüber hinaus plädiert er für ein gerechteres, auf die Flat Rate Tax (linearer Steuersatz) aufgebautes Steuerwesen sowie für eine zentralisierte Besteuerung von Unternehmenskapital und -gewinnen: «In der Praxis bleibt eine echte Progression nachzuweisen. Wichtig ist nicht das Verhältnis zwischen bezahlter Steuer und zu versteuerndem Einkommen, sondern das Verhältnis zwischen bezahlter Steuer und Bruttoeinkommen. Unterm Strich nivellieren die 27 zulässigen Abzüge die Progressivitätskurve der Steuersätze. Vier Studien, wovon eine für Genf, zeigen, dass der Zugang zu den Abzügen mit zunehmendem Einkommen leichter wird. Dadurch wird das System sehr undurchsichtig. Zum Beispiel konnte ich mit meinem Hochschulprofessorhonorar 2700 Franken Steuern einsparen mit dem Abzug von Reisekosten und Familienzulagen. Als einfacher Handelsangestellter konnte mein Nachbar nur 1200 Franken von der Steuer abziehen. Das ist ungerecht.» (Auszug aus einem Interview in «Le Temps» vom 25 August 2007)

wirkt sich im Rückgang der Produktionskosten und in zunehmender Wettbewerbsfähigkeit aus. Wenn dies vor Ort nicht mehr möglich ist, wird der Betrieb verlagert.

Es stellt sich die Frage, ob man unter diesen Umständen noch irgendeine Art von sozialer Gerechtigkeit im Lohnbereich oder über die Steuern erzielen kann. So gesehen müsste man die Steuerprogression eher noch verschärfen. Die vorherrschende Politik geht aber in die entgegengesetzte Richtung: Die wohlhabenden Bevölkerungsschichten profitieren von Steuersenkungen. Gleichzeitig werden die Sozialbudgets gekürzt, um Überschuldung und Inflation zu vermeiden.

Tatsache ist, dass man beim neuen Offshore-Kapitalismus immer stärker den internationalen Steuerzusammenhang berücksichtigen muss. Die verschiedenen Länder und in der Schweiz sogar die verschiedenen Kantone machen den grossen Steuerzahlern den Hof. Der Steuerwettbewerb ist eine Realität, um die keine öffentliche Verwaltung herum kommt. Heute sind die Staaten nicht mehr in der Lage, ihren Bürgern nach ihrem Belieben Steuern abzuverlangen, auch wenn es darum ginge, das Recht und die soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Dies kann man bedauern oder sich darüber freuen – eine Tatsache bleibt es allemal.

Steuroptimierung als Nationalsport

Die direkte Besteuerung bedeutet eine Einmischung der Steuerverwaltung in die Privatsphäre der BürgerInnen und verleitet diese gleichzeitig, ihre Beiträge zu minimieren. Steuerbetrug wird wie eine Art Grenzübertretung bewertet im Rahmen einer perversen juristischen Logik, welche zum Vornherein das Interesse der Privatperson als Widerspruch zum Interesse der Allgemeinheit annimmt. In einer demokratischen Gesellschaft müssten die Steuern eigentlich als Anteil an den kollektiven Aufgaben der Öffentlichkeit im Interesse aller verstanden werden. Diese Auffassung ist aber eng gebunden an ein bürgerliches Pflichtbewusstsein, das es heute so kaum mehr gibt. Zu viele Skandale, Korruptionsfälle, Machtmissbräuche, nicht gehaltene Wahlversprechungen liegen hinter uns; all dies hat zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Staat und der Politik geführt, welcher unsere Zeit charakterisiert.

Wenn wir hier noch die gestiegene Mobilität der Kapitalien sowie der neureichen Menschen im Privatsektor berücksichtigen, wird uns der historisch gesehen ziem-

lich paradoxe Umstand verständlich, dass die Steuerpflichtigen die öffentliche Hand vielfach wie eine Managementunternehmung ansehen. Sie wählen ihren Steuersitz je nach Abkommen mit dem Schweizer Kanton x oder y in Abhängigkeit vom Preis/Leistungs-Verhältnis; juristisch betrachtet, setzt Steuerwettbewerb voraus, dass für die grossen Steuerzahler die Besteuerung keine Pflichtabgabe ist, sondern dem Vertragsrecht folgt. Mit sozialer Gerechtigkeit hat das längstens nichts mehr zu tun, und es ist nicht abzusehen, dass eine solche kraft direkter Besteuerung wiederhergestellt werden könnte.

Grundeinkommen und direkte Besteuerung

Der bestehende Wirrwarr von Sozial- und Steuerpolitik beruht auf einer Tradition der Umverteilung von Kaufkraft, welche das Risiko birgt, den Steuerpflichtigen in seinen beruflichen Aktivitäten zu demotivieren. Theoretisch bestehen zwei Möglichkeiten, diese Schwierigkeit zu beheben. Entweder trennt man die sozialen Elemente radikal von der direkten Besteuerung ab; in diese Richtung gehen die politischen Bemühungen in der Schweiz gegenwärtig unter dem Druck des Steuerwettbewerbs. Oder aber man führt, zusammen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen, eine neue sozialetische Grundlage ein.

Mit dem Grundeinkommen definieren wir das Gerechtigkeitsprinzip im wirtschaftlichen Bereich neu, indem wir zwei unterschiedliche Einkommensebenen einführen, einerseits das soziale und strikt egalitäre bedingungslose Grundeinkommen und andererseits das private Einkommen, welches ausschliesslich von der individuellen Leistung abhängt. Wenn es uns gelingt, die Armut und Bedürftigkeit auszurotten, können wir auch endlich den Reichtum als solchen akzeptieren (wir brauchen ihn deshalb noch lange nicht anzubeten).

Steuerlich gesehen ist ein garantiertes Grundeinkommen bereits bestehendes Recht, denn auch die Steuern gehen von einem steuerfreien Grundbetrag aus, also von einem Mindesteinkommen, das steuerfrei ist, da es als Existenzminimum angesehen wird. Im Finanzierungsmodell, wie ich es weiter unten vorstelle, erlaubt die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches nicht nur völlig steuerbefreit wird, sondern auch von Gesetzes wegen der ganzen Bevölkerung ausgerichtet wird, die Vereinfachung der direkten Besteuerung, und zwar wie folgt:

150% des bedingungslosen Grundeinkommens sind steuerfrei

Bei der Besteuerung der Privateinkommen werden alle Abzüge abgeschafft, sowohl die Berufsauslagen als auch die persönlichen Abzüge (Familienabzüge – dieser Bereich wird vom Grundeinkommen bereits abgedeckt). Um den Übergang vom Grundeinkommen zu einer bezahlten Beschäftigung gleitend zu gestalten, d.h. um die ausgehandelten Löhne vor allem im unteren Bereich sowohl für die Beschäftigten als auch für die Unternehmen attraktiver zu gestalten, soll der steuerliche Mindestfreibetrag bei 150% des Grundeinkommens relativ hoch angesetzt werden. Im konkreten Fall würde dies bei einem Grundeinkommen von 30'000 Franken jährlich bedeuten, dass die Besteuerung erst bei einem Gesamteinkommen von 45'000 Franken einsetzt. Dafür werden alle Einkommen oberhalb dieses Freibetrags zu einem festen Satz besteuert (die berühmte Flat Tax, über die man sich auch heute noch trefflich streitet)¹⁹.

Damit können zwei Ziele erreicht werden:

- Einerseits unternehmen wir alles, um eine bezahlte Beschäftigung auch bei den unteren Einkommensklassen attraktiv zu machen. Beim zitierten Beispiel werden die Arbeitseinkommen durchaus nicht vom Grundeinkommen abgezogen, sondern kommen unbesteuert hinzu bis zur Höhe von insgesamt 3725 Franken pro Monat. Es soll also niemand behaupten, dass dieses Modell keine Anreize zur Wertschöpfung biete.
- Andererseits führt die hohe Steuerschwelle zu einer De-facto-Steuerprogression. Zusammen mit dem Grundeinkommen ergibt sich z.B. bei einem festen Steuersatz von 20% und einem Jahreseinkommen von 90'000 Franken aufgrund des Steuerfreibetrags eine reale Besteuerung von nur 10%; bei einem Einkommen von 180'000 Franken sind es 15%. Beim festen Steuersatz handelt es sich also um einen theoretischen Grenzsteuersatz, dem man sich insofern annähert, als die ersten 45'000 Franken allmählich einen zu vernachlässigenden Anteil des Gesamteinkommens darstellen. So treffen Effizienz und Gerechtigkeit zusammen.

¹⁹ Nach unseren Berechnungen würde im Kanton Genf (Jahr 2005), mit dem genannten Steuerfreibetrag und danach einem festen Steuersatz von 20%, die Einkommenssteuer für natürliche Personen dieselben Einnahmen bringen wie die heutige Steuer (dabei handelt es sich freilich um eine einfache Rechenoperation, bei der das Verhalten der Steuerpflichtigen nicht berücksichtigt wird).

Selbstverständlich ist der genannte Steuersatz von 20% nur ein Beispiel. Hingegen ist zu unterstreichen, dass eine solche Reform der direkten Besteuerung eigentlich in keinem zwingenden Zusammenhang mit der Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens steht; darauf komme ich noch zurück. Hier geht es nur darum festzuhalten, dass zusammen mit einem hohen Steuerfreibetrag das Grundeinkommen die Voraussetzungen für eine Vereinfachung der direkten Besteuerung unter Berücksichtigung des Gerechtigkeitsprinzips schafft.

Noch einmal: Es wird davon Abstand genommen, die Einkommen über die Besteuerung umzuverteilen. Was die Einkommenssteuer betrifft, würde es der erwähnte Steuerfreibetrag anstelle von formal progressiven Sätzen kombiniert mit Abzügen und weiteren Sonderregelungen, welche diese Progression wieder neutralisieren, erlauben, eine De-facto-Progression im Rahmen einer anderen Logik einzuführen, nämlich jener des Grundeinkommens, unter Beibehaltung einer hohen Attraktivität der Erwerbsarbeit auch am unteren Ende der Lohnskala. Dies müssten die Sozialpartner eigentlich begrüßen.

Einkommen oder Konsum besteuern?

Es stellen sich zwei Probleme. Einerseits ist festzulegen, was der vernünftigste Parameter für die Steuerkraft der BürgerInnen/EinwohnerInnen ist; andererseits geht es darum, die steuerliche Belastung ausgewogen zu verteilen. Was die Steuerkraft angeht, wählt man mit dem Einkommen die Entstehung der Kaufkraft als Referenzgrösse; wenn man sich hingegen auf den Konsum abstützt, dann wird die Ausübung derselben Kaufkraft zur bestimmenden Grösse.

Einkommen = Entstehung der Wirtschaftskraft

Konsum = Ausübung der Wirtschaftskraft

In der Praxis und auch im Auge der MitbürgerInnen ist nur diejenige Person wirklich reich, welche ihr Geld auch ausgibt. Wer dagegen spart und investiert und somit auf die Ausübung seiner Wirtschaftskraft mit dem Ziel verzichtet, sie zu vergrössern, ist nur theoretisch reich, sozusagen auf dem Papier, auch wenn dabei Milliarden akkumuliert werden²⁰. Im Übrigen können bis zu jenem Zeitpunkt, an

²⁰ Es stimmt zwar, wenn man genug Aktien kauft, um die Kontrolle über ein oder mehrere Unternehmen ausüben zu können, dass man ebenfalls von seiner Kaufkraft Gebrauch macht, obwohl man seine Aktien nicht konsumiert... Doch handelt es sich

dem unser Steuerpflichtiger sich dazu entschliesst, seine soweit entstandene Kaufkraft auszuüben, verschiedene Dinge sich ereignen (Rezession, Börsenkrach usw.) und diese Kraft reduzieren oder sogar gänzlich vernichten, bevor sie umgesetzt werden konnte. Im Sinne der makroökonomischen Transparenz ist es ebenfalls vorzuziehen, dass der Fiskus zu jenem Zeitpunkt eingreift, wo das Geld nach seinen Kreuzfahrten auf den immateriellen Finanzoceanen seine Wirkungsmacht auf die reale Wirtschaft und auf die Arbeitswelt ausübt. Die entlang der Wertschöpfungskette in der realen Wirtschaft erhobene Mehrwertsteuer ist schliesslich nach Auffassung aller Fachleute eine Steuer, die gleichzeitig einfacher zu verwalten und auch widerstandsfähiger gegen jegliche Sorte von Steueroptimierung ist, ganz abgesehen vom Steuerbetrug. Es erscheint somit auf den ersten Blick besser, sowohl aus Sicht der Steuergerechtigkeit als auch nach einfachen logischen Gesichtspunkten, die effektive Wirtschaftskraft im Moment des Konsums zu besteuern anstatt den «virtuellen» und deutlich volatilen Wert des Einkommens²¹.

Die einzigen Argumente, welche für eine Einkommenssteuer als solche sprechen, beziehen sich eher auf eine effiziente staatliche Steuerpolitik als auf den sozialen Ausgleich. Einerseits holt sich die öffentliche Verwaltung mit der Besteuerung von Einkommen und Gewinnen das Geld da, wo es ist, und «realisiert» darauf hin den Teil der potenziellen Kaufkraft, den sie abschöpft. Andererseits gehe ich im Gegensatz zu anderen Befürwortern des Grundeinkommens davon aus, dass es vernünftig ist, die steuerliche Belastung auf verschiedene Steuerformen zu verteilen, und sei es auch nur, um das Interesse am Steuerbetrug zu mindern.

hier natürlich um eine andere Art von Macht, die für die Wirtschaft sehr bedeutend sein kann, jedoch in letzter Instanz von der Sanktion der Märkte und damit des Verbrauchers abhängig bleibt. Konkreter formuliert: Wenn es dem so erworbenen Unternehmen nicht gelingt, seine Produkte zu einem Gewinn bringenden Preis zu verkaufen, dann wird der Investor trotz bzw. mit all seiner Macht auf die eine oder andere Weise die Konsequenzen tragen müssen. –

Selbstverständlich schaffen solche Transaktionen keinen Mehrwert im Sinne der MWST. Hingegen kann daraus ein Kapitalgewinn erfolgen, welcher als Ertrag betrachtet und besteuert werden kann (das ist in einigen Ländern der Fall). Allerdings handelt es sich dabei um eine direkte Besteuerung, im Prinzip mit festem Steuersatz, die der Profit- oder Einkommensbesteuerung nahe steht. Im Übrigen ist nicht die Wirtschaftsmacht als solche, sondern der von den Steuerpflichtigen geschaffene oder einbehaltene Wert für das Finanzamt von Bedeutung.

²¹ Kürzlich ist eine höhere Besteuerung des Konsums auch in den USA in Erwägung gezogen worden. Nach dem Vorschlag des vorherigen Fed-Vorsitzenden A. Greenspan sollte die Einkommenssteuer ganz oder teilweise in eine Bundesmehrwertsteuer umgewandelt werden, die es in diesem Land gegenwärtig nicht gibt. Ziel war dabei, die amerikanische Bevölkerung stärker zum Sparen zu motivieren...

Die Kontroversen um die Mehrwertsteuer

In der Schweiz wie anderswo wird die Mehrwertsteuer in der Regel als Konsumsteuer angesehen, die zwar von den Unternehmen dem Fiskus abgeliefert wird, aber letztlich von den Konsumenten getragen wird. Laut Kassenzettel wird der Produzent/Verkäufer bestenfalls als unfreiwilliger Steuereintreiber angesehen, der die MWST beim Konsumenten erhebt. Hinzu kommt, dass der Mehrwertsteuersatz selbstverständlich unabhängig vom Einkommen des Konsumenten ist, so dass wir die fehlende Popularität bei den Verfechtern der sozialen Gerechtigkeit schnell begreifen. Es stellen sich also gleichzeitig zwei Fragen: einerseits nach der Gerechtigkeit einer Steuer, welche die Konsumenten mit bescheidenen Einkommen offensichtlich benachteiligt, sowie andererseits und vor allem bei den hohen Einkommen nach der Legitimität einer stärkeren Besteuerung der Konsumeinkommen gegenüber den gesparten oder investierten Einkommen.

Was den ersten Punkt angeht, so muss zunächst juristische Klarheit geschaffen werden. Wie es der Name sagt, ist die Mehrwertsteuer entgegen allem Anschein nicht eine eigentliche Konsumsteuer, sondern eine Besteuerung des geschaffenen Mehrwerts durch den Produzenten/Verkäufer. Im Gesetz ist keine Verpflichtung vorgesehen, dass der Verkäufer diese Steuer vom Käufer zurückerstattet bekommt. Wenn er es dennoch verlangt, so nur deswegen, weil es die Konkurrenz ebenfalls tut, das heisst, weil die Marktsituation es ihm erlaubt. In Wirklichkeit handelt es sich für die betroffene Unternehmung um Produktionskosten wie andere auch²². Auch aus der Sicht des Konsumenten ist nicht die Mehrwertsteuer als solche die Frage, sondern der Verkaufspreis des Produkts oder der Dienstleistung, die er bezahlt. Die einzelnen Kostenbestandteile des Preises, wie sie vom Verkäufer berechnet wurden, interessieren ihn nicht. Ihm ist es gleich, ob 40% des Verkaufspreises auf die Arbeitskosten entfallen (Löhne und Nebenkosten) und 7.6% auf die MWST oder ob eine Erhöhung der MWST auf 27.6% es erlaubt, die Arbeitskosten auf 20% zu senken; der Konsument bezahlt in beiden Fällen den gleichen Endpreis. Eine solche juristische und wirtschaftliche Sachlage wird allerdings erst im Fall einer grundlegenden Umstellung des Steuersystems sichtbar, wie dies anlässlich der Umsetzung eines Grundeinkommens nach meinen Vorschlägen der Fall wäre. In der Zwischenzeit erscheint die MWST weiterhin als eine Steuer, welche direkt zu Lasten des Konsumenten geht, nicht zuletzt deshalb, weil sie als Vorwand zur Erhöhung gewisser Produktpreise vorgeschoben wird.

²² Eine 2004 für Economiesuisse durchgeführte vergleichende Studie über die Entwicklungen im Steuerwesen in der Welt betrachtet ebenfalls zu Unrecht die MWST als eine allgemeine Konsumsteuer.

Wollen wir uns aber mit der Sache eingehender beschäftigen, so ist das Prinzip der Steuergerechtigkeit vermittels progressiver direkter Einkommenssteuern der natürlichen Personen zu berücksichtigen. Dieses Prinzip kann bei der MWST nicht angewendet werden, weshalb diese Besteuerung sozial ungerecht erscheint²³. Insofern stellt die MWST ein allgemeineres Problem auf der Ebene des sozialen Ausgleichs, vor allem in den Augen der Sozialdemokratie, welche das ganze Steuerwesen als einen zentralen Ort der Einkommensumverteilung betrachtet.

Hierzu habe ich im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen bereits eine Reform der direkten Besteuerung vorgeschlagen, welche den sozialen Ausgleich mit der wirtschaftlichen Effizienz koppelt. Wenn wir das der Reform zugrunde liegende ethische Prinzip akzeptieren, ersparen wir uns viele Probleme mit der MWST. So, wie das Gerechtigkeitsprinzip heute angewendet wird, auch bei der Besteuerung, folgt es einer egalitären Logik. Laut dieser korrigiert man im Nachhinein bei den erzeugten Einkommen die sozialen Ungleichheiten, wie sie sich aus dem Wirtschaftssystem ergeben. Es handelt sich um das Prinzip von Transfereinkommen oder um eine Umverteilung von Kaufkraft.

Das Grundeinkommen korrigiert die gleichen sozialen Ungleichheiten zum Vornherein, da es ja der gesamten Bevölkerung das gleiche Sicherheitskapital garantiert. Im Übrigen wirkt sich das Grundeinkommen zugunsten der Wirtschaftssubjekte am unteren Ende der Einkommensskala aus, und zwar ohne dirigistische Vorschriften, ohne Mindestlöhne, ohne Ausdehnung der Gesamtarbeitsverträge, ganz einfach, indem es die Verhandlungsposition dieser Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt stärkt. Unter diesen Umständen erscheint die Finanzierung des Grundeinkommens zu bspw. 50% über die Mehrwertsteuer nicht mehr als Ungerechtigkeit gegenüber den Armen.

Schliesslich vergisst man häufig, dass nicht alle Selbstständigen reich sind wie Krösus. In Tat und Wahrheit handelt es sich hier um jene Berufsschicht, wo die Einkommensverteilung so ungleich ist wie kaum irgendwo sonst. Es gibt hier sowohl die wohlhabendsten wie auch die ärmsten unter unseren MitbürgerInnen. Wenn wir wirklich den Unternehmergeist auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit dem Grundeinkommen stärken wollen, werden wir nicht nur einen Teil der Personalkosten durch die MWST ersetzen, sondern auch hier das steuerfreie Minimum überprüfen müssen.

²³ Dieser Schönheitsfehler der MWST führt zu einer neuen Komplikation: Um das Problem zu lösen, verfährt der Gesetzgeber wie üblich nach dem Prinzip der Einzelfälle. So gelingt es, dass eine ihrem Prinzip nach überaus einfache Steuer auch bürokratisches Kopfzerbrechen schafft (Befreiungen, Entlastungen, Präferenzsätze, Leistungen an solche usw. usf.).

Was die MWST und die Personalkosten angeht, so werden alle Verantwortlichen bei den KMU bestätigen, dass Firmengründer zu Beginn einen erheblichen Kapitalanteil für die sowieso anfallenden Lohnkosten einsetzen müssen, wogegen die MWST erst nach den ersten Verkäufen fällig ist. Eine Umstellung ändert die Voraussetzungen und macht Unternehmensgründungen etwas weniger vom Wohlwollen der Banken abhängig (welche übrigens in seinem solchen Fall die Finanzierung der anderweitig notwendigen Investitionen viel eher sicherstellen werden). Insofern unterstützt die Verlagerung von Lohnkosten zur MWST auch die Beschäftigung, die Innovation und das Wachstum.

Aus Gründen sowohl der sozialen Gerechtigkeit als auch der wirtschaftlichen Effizienz ist es bei der Festlegung der Untergrenze der MW-Besteuerung zweifellos nötig, etwas heraufzugehen (sie steht im Moment bei einem Umsatz von 75'000 Franken pro Jahr). Auch am unteren Ende der Lohnskala ist es wichtig, eine gewisse finanzielle Attraktivität der Arbeit für juristisch selbstständige Personen zu garantieren (Aufträge, Werks- oder Leistungsverträge). Allgemeiner gesprochen ist die Unterscheidung zwischen selbständiger und unselbstständiger Arbeit, wie wir sie heute noch kennen, allmählich überholt. Auch das Steuerrecht wird sich damit beschäftigen müssen, wie dies das Grundeinkommen nach unserer Konzeption bereits vorwegnimmt.

In diesem Zusammenhang wird die Mindestgrenze für die MW-Besteuerung zentral. An einem konkreten Beispiel: Ein Unternehmen, das sich heute zum Sektor der so genannten sozialen und solidarischen Wirtschaft zählt und dabei von staatlichen Subventionen abhängig bleibt, sollte nicht mit einer MWST belastet werden, welche ihm die Autonomie wieder wegnimmt, die es dank dem Grundeinkommen seiner Mitarbeiter erhalten hat. Anstatt komplizierte Vorschriften aufzustellen, welche die Unterscheidung zwischen gemeinnützigen und gewinnorientierten Unternehmungen juristisch zu klären versuchen, stützt die Besteuerungsgrenze die solidarische Wirtschaft und die von ihr geleistete soziale Eingliederung, ohne dass dazu eine besondere Gesetzgebung nötig wird.

Schliesslich erlaubt die Einführung des Grundeinkommens im Prinzip die Vereinfachung der MWST und die Ausdehnung ihres Geltungsbereichs²⁴, namentlich durch die Reduktion der Ausnahmen und Vorzugssteuersätze, wie dies heute auch die liberalen Kreise verlangen. Dies muss aber noch genauer abgeklärt werden, insbesondere in Bereichen wie Bildung und Gesundheit, welche gegenwärtig von der

²⁴ Geltungsbereich oder Steuerbasis: Gesamtheit der zu versteuernden Werte

Steuer befreit sind; gleichwohl könnte das Grundeinkommen hier mindestens bis zu einem gewissen Grad eine Ablösung solcher Vorzugsbehandlungen ermöglichen.

MWST und Inflation

Wenn man auf der politischen Linken der MWST in der Regel den mangelnden Bezug zum Einkommen der Konsumenten vorwirft, so lautet der Vorwurf der politischen Rechten dagegen auf eine Verteuerung der Güter und Dienstleistungen, m.a.W. auf inflationäre Tendenzen, welche das Wachstum hemmen. Die MWST hat, mit anderen Worten, keine gute Presse.

Und dennoch hat soeben Deutschland seinen MWST-Satz angehoben, und auf die Inflation warten wir noch heute. Die Ökonomen geben sich bei der theoretischen Erklärung der Inflation im Allgemeinen damit zufrieden, den Bezug zwischen Geldmenge (der nominellen Kaufkraft) und dem Wert der erzeugten Güter zu studieren. Bei einer einfachen Erhöhung der MWST (ohne Gegenleistung für die Unternehmen) steht zu erwarten, dass die Produzenten und Verteiler diese Erhöhung auf ihre Preise überwälzen, was letztlich zu Lohnerhöhungen führt. Statt einem Wachstum des Mehrwerts erzielt man so eine Verteuerung der Warenpreise. Aber diese Beweisführung ist etwas statisch. In Tat und Wahrheit hängt ziemlich viel vom Öffnungsgrad und von der Konkurrenz auf den betroffenen Märkten ab. «Der Wert der erzeugten Güter» ist keine auf Ewigkeit fixierte Grösse, sonst gäbe es sowieso kein Wirtschaftswachstum. In seiner Funktion als Einkommen ist das Geld die Frucht der Arbeit (Angebotstheorie); als Ausgabe verlangt es im Gegenteil nach Arbeit (Nachfragetheorie). Eine Erhöhung der Lohnmasse kann sich somit inflationär auswirken, aber auch als Wachstumsfaktor. Mit anderen Worten hängt alles von der internationalen Konjunktur und von der Dosierung ab – und dafür haben wir unsere Zentralbanken.

Aber zurück zur MWST. Meiner Ansicht nach handelt es sich um eine einfache Konkurrenzfrage. Auf einem wirklich freien Markt können die Unternehmen die MWST nicht einfach auf ihre Verkaufspreise schlagen. Zudem muss man sich den Flexibilitätsgrad der Produktionsmittel vor Augen führen: Eine flexible Struktur kann einfacher auf eine zunehmende nominelle Nachfrage durch eine Produktionserhöhung bzw. durch die Steigerung des Angebots reagieren, was sich wieder ausgleichend auf die Preisniveaus auswirkt. Die einzige Situation, bei der eine

MWST-Erhöhung auf den Konsumenten durchschlägt in der Form von Preiserhöhungen, ist eine Monopolsituation oder aber z.B. bei Importprodukten, wo der Schweizer Markt nicht relevant genug ist (z.B. für Erdöl und seine Derivate). Es ist somit keinesfalls ein Zufall, dass das Gespenst der Inflation seit Beginn der Globalisierung immer weniger eine Bedrohung für die europäischen Volkswirtschaften darstellt; es handelt sich um eine Auswirkung der Flexibilisierung der Produktionsstrukturen, zusammen mit einer erhöhten weltweiten Konkurrenz.

In unserem Fall hätte die Option MWST – die wir übrigens weiter unten im Zusammenhang mit den Finanzierungsmodellen eines Grundeinkommens ausführlicher besprechen – ähnliche Auswirkungen wie die «soziale Mehrwertsteuer», wie sie heute in Frankreich diskutiert wird, wobei die Löhne nicht bloss durch 2 zusätzliche MWST-Prozente um 3% entlastet würden, da nämlich die Lohnnebenkosten gänzlich verschwinden würden. Aber insgesamt bleibt die Schwierigkeit im Grunde genommen dieselbe: Die Inflationsrisiken hängen davon ab, ob die Unternehmen die Gelegenheit dazu ausnützen können, ihre Gewinnmargen auszudehnen. Dies könnten sie theoretisch dadurch erreichen, dass sie von den rückläufigen Arbeitskosten profitieren, während sie die neue MWST ganz oder teilweise auf den Konsumentenpreis abwälzen. In diesem Fall würden die Preise tatsächlich in die Höhe gehen. Aber in einer Marktwirtschaft unserer Prägung werden immer Konkurrenten bereit stehen, welche gegenüber allzu habgierigen Unternehmen als Korrektiv wirken. Allenfalls stellt sich ein Problem bei Importgütern, wo die Nachfrage relativ fix ist (unelastisch bezüglich des Preises, wie die Ökonomen sagen), z.B. Benzin oder Rohstoffe. Soweit solche Güter nicht von der MWST befreit werden, könnten ihre Preise stark anziehen und zu einer allgemeinen Inflation führen.

Die MWST in einer globalisierten Wirtschaft

Wir haben gesehen, dass es unmöglich ist, das Grundeinkommen und seine Finanzierung zu untersuchen, ohne unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit den anderen Ländern dieses Planeten zu berücksichtigen. Die MWST stellt nur einen Teil des Problems dar. Im Grunde genommen geht es darum, welches Land die soziale Sicherheit finanziert, das produzierende oder das konsumierende. Wenn es wie heute das produzierende Land ist, so haben wir es sofort mit Sozialdumping zu tun. Ein Besuch in China oder Brasilien bringt schnell ans Licht, wie die dort arbeitenden Klassen den internationalen Wettbewerbsvorteil ihrer Exportgüter ertragen. Eher schlecht, wie mir scheint.

Wenn aber im konsumierten Land zur Kasse gebeten wird, dann stellen sich andere Probleme. Zunächst erhöhen sich die Importpreise, wogegen die (MWST-befreiten) Exporte billiger werden. Handelt es sich also um eine verkappte Form des Protektionismus im Verbund mit einer aggressiven Exportpolitik? In der Praxis ist die wahrscheinlichste Auswirkung ein relativer Volumenrückgang beim Welthandel (immer gemäss der Hypothese, wonach die Nachfrage bei steigenden Preisen zurückgeht).

Man hat den Eindruck, die Welt steht Kopf. Es gibt keine Verlagerungen mehr wegen der Arbeitskosten, aber es besteht eine Inflationsgefahr wegen der Verdopplung der Importpreise für Öl! Daneben würde die Schweizer Textilindustrie angesichts des Wegfalls der chinesischen Konkurrenz eine zweite Jugend erleben... Kurz, die so entstehende Situation ist nicht einfach abzuschätzen; und das ist noch das Wenigste, was sich dazu sagen lässt. Gewissermassen wird die gesamte weltweite Arbeitsteilung in Frage gestellt, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten eingespield hat. Man weiss nicht recht, ob man darin wirklich einen Fortschritt oder nicht umgekehrt einen Rückschritt sehen soll.

Für diese Sorte von Problemen gibt es eine pragmatische Lösung. Wenn im Land A keine derartige Finanzierung des Grundeinkommens vorgesehen ist, während im Land B eine solche Finanzierung existiert, kann man durch bilaterale Handelsverträge (oder durch multilaterale) solche Auswirkungen abschwächen oder sogar ganz eliminieren. Dazu ist im Bereich Import/Export eine steuerliche Sonderbehandlung notwendig, nämlich für das Land B eine reduzierte MWST beim Import, welche durch eine Exportsteuer ausgeglichen wird. Damit werden die Auswirkungen der Reform auf die internationalen Handelsbeziehungen neutralisiert.

Dennoch ist das Konzept des Grundeinkommens grundsätzlich global angelegt (wie dies auch aus der Bezeichnung des Netzwerks hervorgeht, dem der Verein BIEN-Schweiz angehört²⁵). Insofern wäre es interessant, die potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf den Welthandel zu analysieren, wenn für die Finanzierung dieses Grundeinkommens die direkten und indirekten Arbeitskosten mindestens zum Teil durch eine substanzielle Erhöhung der MWST ersetzt würden. Es ist denkbar, dass man unter dem Strich auf diese Weise eine gangbare Alternative zur unkontrollierten Globalisierung erhalte, wie wir sie heute erleben; aber das sind erstmal Themen für weitere Untersuchungen.

²⁵ B.I.E.N.: Basic Income Earth Network.

Exkurs: die universelle MWST

In letzter Zeit haben gewisse anthroposophische Kreise, inspiriert von den Arbeiten von R. Steiner (1861–1925), die Idee eines Grundeinkommens aufgenommen und sie mit einer generellen Steuerreform verknüpft²⁶. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Abschaffung sämtlicher direkter Steuern und Abgaben; sie sollen durch eine hohe MWST ersetzt werden mit einem Satz, welcher praktisch dem Staatsanteil am BIP entspricht. Nur gewisse Lenkungsabgaben würden bestehen bleiben, insbesondere in den Bereichen Ökologie und Energie. Das Hauptargument der Befürworter dieser radikalen Steuerreform lautet dahin, dass beim bestehenden Steuersystem alle Steuerabgaben in der einen oder anderen Form versteckt in die Produktionskosten einfließen. Die bezahlten Löhne berücksichtigen bereits die Sozialabgaben und Steuern. Für den Lohnabhängigen ist vor allem seine Kaufkraft wichtig, das verfügbare Einkommen. Somit wird er *ceteribus paribus* keine Einwände haben, wenn sein Bruttolohn auf das Niveau seines Nettolohns zurückgeht, wenn er keine anderweitigen Abgaben und direkten Steuern mehr zu bezahlen braucht. Ein Gleiches gilt für die Besteuerung der Unternehmensgewinne bzw. für Selbständige oder für die Dividenden. Die Ersparnisse und Investitionen werden erst beim Konsum besteuert. Deren Besteuerung wird demnach zum Teil aufgeschoben.

Die Idee wirkt zwar verlockend, wirft aber auch gewisse Probleme auf. Sie hat sozusagen den Nachteil ihrer Vorteile. Zunächst kann beim Wegfallen sämtlicher direkter Steuern keinerlei Berücksichtigung des Zusammenhangs von Gerechtigkeit und Effizienz im Rahmen der Reform mehr eingebaut werden, wie ich ihn oben über den Steuerfreibetrag vorgeschlagen habe. Somit müsste man auf Vorzugssteuersätze bei der MWST zurückkommen für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, wodurch auch dieses System zum Teil willkürlich wird.

Sodann bleibt die Tatsache bestehen, auch wenn die Rechnung insgesamt theoretisch aufzugehen scheint, dass der Ort, wo die Steuererhebung ansetzt, niemals neutral sein kann. Um es klar zu sagen: Ich bin nicht sicher, ob sämtliche in der Republik erhobenen Steuern automatisch in die Produktionskosten integriert werden, wie dies die Befürworter einer universellen MWST behaupten. Wenn dem so wäre, könnte man sich kaum erklären, wie sämtliche Steuerpflichtigen sich bemühen, so wenig wie möglich zu bezahlen, da sie doch die heisse Kartoffel nur den Unternehmen weiter reichen müssten, welche ihrerseits versuchen würden, die

²⁶ Werner, G., «Einkommen für alle», Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007.

Abgaben in ihre Produktpreise zu integrieren. Richtig ist die These zweifellos für die Unternehmensgewinnsteuer sowie für die Besteuerung der Kapitalerträge und zum Teil auch für die Einkommenssteuer der Lohnabhängigen und Unternehmer, obwohl hier die Auswirkungen der Aktienoptionen für die oberen Kader nicht klar sind (wenn es welche gibt, so nur sehr indirekt). Schliesslich erscheint die Hypothese für gewisse Abgaben wie die Vermögenssteuer, Erbschaftssteuern, Grundstückgewinnsteuern und weitere Abgaben, welche zum Teil recht weit entfernt von der Wertschöpfung erhoben werden, mehr als fraglich. Noch einmal: Wenn das alles so einfach wäre, wie erklärt sich dann die Dynamik des Steuerwettbewerbs?

Nach meiner Einschätzung vereinfachen die Befürworter dieser universellen MWST die Sachen etwas zu stark. Die Besteuerung von Gewinnen, grossen Vermögen oder von Treibstoffen hat auch wirtschafts-, sozial- oder umweltpolitische Zielsetzungen, die durch den Fiskus gestützt werden. Mindestens im Moment wäre es meiner Ansicht nach falsch, auf all diese Instrumente zu verzichten.

Es heisst im Übrigen normalerweise, dass die Besteuerung des Konsums das Wirtschaftswachstum einschränke im Gegensatz zur Besteuerung der Ersparnisse, welche den Konsum ankurbelt und das Wirtschaftswachstum fördere. Erstens bin ich nicht überzeugt davon, dass diese These korrekt ist, denn für ein Wirtschaftswachstum reicht der Konsum allein nicht aus; es braucht auch Investitionen und damit Ersparnisse. Zweitens stellt sich eine Grundsatzfrage: Wieso ist es für die Wirtschaft unmöglich, auf Wachstum zu verzichten, ohne sogleich in eine Rezession zu fallen? Das tönt absurd, ist aber allgemeiner Konsens: Im wirtschaftlichen Raum/Zeit-Verhältnis verbindet der Freihandel Ungleichheiten im Raum mit dem im Zeitraster wirksamen Schicksal, entweder reicher oder ärmer zu werden – das Verharren auf einem gegebenen und zufrieden stellenden Niveau ist unmöglich.

Ich denke nicht, dass auf diese Frage hier eine angemessene Antwort gegeben werden kann. Um aber auf die universelle MWST zurückzukommen, muss man noch aus pragmatischen Gründen sich die Frage stellen, ob es für den Staat vernünftig ist, seine Wirtschaftsabgaben an einem einzigen Ort zu erheben. Auf den ersten Blick erscheint alles einfach und transparent; ist dies in Tat und Wahrheit nicht etwas zuviel des Guten? Wie immer, wenn man auf eine einzige Option setzt: Es besteht ein Risiko. Ich denke hier vor allem an den Steuerbetrug. Wenn ich dabei berücksichtige, dass zum Beispiel in Griechenland mit einem «normalen» europäischen MWST-Satz von rund 20% mindestens ein Drittel des BIP vom

Fiskus nicht erfasst wird, muss ich mir gewisse Fragen stellen.²⁷ Vielleicht ist nicht jedermann so schlau wie die Griechen, aber gleichwohl darf nicht vergessen werden, dass eine Steuer umso mehr zu Betrügereien einlädt, je höher sie ist. Wenn man im Dunkel der Schattenwirtschaft arbeitet, gibt es ganz einfach mehr zu gewinnen (bzw. weniger zu verlieren). Da ich mir der Schwächen der menschlichen Natur bewusst bin, befürchte ich, dass die Erhebung einer MWST von 100% (entsprechend einer Steuerquote von 50%, ohne Abzüge und Steuerbefreiungen) quasi totalitäre Methoden erfordern würde.

Zum Schluss und bevor ich auf die Finanzierungsmodalitäten für ein bedingungsloses Grundeinkommen eingehe, möchte ich die wichtigsten Aspekte der politischen und sozialen Machbarkeit eines solchen Grundeinkommens zusammenfassen.

Politische Machbarkeit: Bedingungsloses Grundeinkommen und Demokratie

Jenseits aller wirtschaftlichen Berechnungen liegen hier die Grundlage des gesamten Projekts sowie der effektive Indikator der Machbarkeit eines Grundeinkommens. Eine Feststellung drängt sich zunächst auf. Generell fordern heute zum Teil noch recht kleine Gruppen die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens vor allem in Ländern mit einer langen demokratischen Tradition. Das ist alles andere als ein Zufall. Der Sozialstaat setzt den Rechtsstaat voraus. Ohne Rechtsstaat gibt es keine Sozialpolitik, keine Sozialversicherungen, keine Subventionen und auch sonst nichts und schon gar kein Grundeinkommen. Ohne Rechtsstaat gibt es nur private Beziehungen zur Macht, Herrschaftsverhältnisse, Erpressung und Korruption.

Eine zweite Bemerkung drängt sich ebenfalls unmittelbar auf. Aus historischer Sicht war die Entwicklung der sozialen Sicherheiten in den reichen Ländern Europas und Nordamerikas eng verbunden mit dem Prozess der Industrialisierung. Wenn wir in der gleichen Logik weiterdenken, kann man das bedingungslose

²⁷ Gerechtigkeitshalber sei hier daran erinnert, dass die griechische Privatwirtschaft zu einem Grossteil aus selbständig Erwerbenden besteht.

Grundeinkommen als Antwort auf die Bedürfnisse der postindustriellen Gesellschaft auffassen. Wie steht es aber unter diesen Umständen mit einem Grundeinkommen auf der ganzen Welt und somit auch in jenen Ländern, wo heute noch keinerlei klassische Sozialversicherung besteht z.B. im Sinne der Pensionskassen oder der AHV? In Gesellschaften, wo die einzige mehr oder weniger funktionierende Solidarität im Rahmen der Familie stattfindet?

B.I.E.N. heisst auf Deutsch Weltweites Netzwerk für ein Grundeinkommen. Anders gesagt: Das Grundeinkommen soll kein Privileg der reichen Länder sein; es handelt sich um ein Reformprojekt, das universell umgesetzt werden soll. Ich will auf diesen Punkt hier nicht näher eingehen; ich meine nur, dass bezüglich der Machbarkeit eines Grundeinkommens in armen oder Schwellenländern eigenständige Untersuchungen notwendig sind.

Ich beschränke mich deshalb auf einen Hinweis. Generell steigt der Grad an Korruption in einem Staat mit seiner Armut. Andererseits verbindet sich Korruption immer auch mit Bürokratie. Da das Grundeinkommen keine zusätzliche Bürokratie erfordert, vielmehr die bestehende überflüssig macht, kann das Grundeinkommen wegen seiner Einfachheit möglicherweise eine bessere Form der sozialen Sicherung bieten auch für Entwicklungsländer, als es auf den ersten Blick scheint. Gleichwohl bleibt die Möglichkeit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens – auch im Fall seiner technischen Machbarkeit – für diese Länder und Gesellschaften ganz eminent eine politische und kulturelle Frage. Das Wachstum der Bürokratie ist ja auch nicht auf zusätzliche Funktionen oder spezifische Bedürfnisse zurückzuführen (die meisten dieser Länder führen nicht einmal ein richtiges Grundbuch oder Zivilstandsregister), sondern auf die Einbindung lokaler Machtkonstellationen, und zwar in Abwesenheit einer autonomen Privatwirtschaft.

Diesen Zustand kann man bedauern; ihn zu ignorieren wäre jedoch ein Fehler. Bei dieser Gelegenheit sollte man wieder einmal darauf hinweisen, dass das Grundeinkommen alleine nicht die ganze Welt verändert. Dies ist auch der Grund dafür, dass ich im letzten Abschnitt dieses Hefts zur Finanzierung des Grundeinkommens nur von schweizerischen und europäischen Daten ausgehe.

Das Grundeinkommen «nur in einem Land»

Wenn das Grundeinkommen momentan nicht auf dem ganzen Planeten umsetzbar erscheint und wir dennoch ein realistisches Projekt vorlegen wollen, müssen wir zwangsläufig die Bedingungen untersuchen, unter denen eine solche Reform in

einem einzigen Land stattfinden könnte, zum Beispiel in der Schweiz, und zwar ohne den Bau einer Schandmauer rund um unser Land.

Bereits heute scheint es gewisse Probleme mit den Verträgen über die Personenfreizügigkeit im Wirtschaftsraum der Europäischen Union zu geben. Steuerdumping, Lohndumping, Sozialdumping sind die des Öfteren gegen diese Verträge bzw. gegen die wirtschaftliche Öffnung des Landes überhaupt erhobenen Vorwürfe. Führt man ein Grundeinkommen nur in der Schweiz ein, so stellt sich bei aller Zurückhaltung dennoch die Frage, mit welchen Schwierigkeiten man in diesem Zusammenhang rechnen müsste. Kommt es zu einer Invasion unseres Landes durch arbeitslose Heerscharen aus Übersee, zu einer Vervielfachung der Zahl an illegalen und nicht registrierten Anstellungsverhältnisse?

Man muss hier zunächst zwei Fälle unterscheiden. Da sind zum einen die ausländischen ArbeitnehmerInnen, welche hier eine rechtmässige Niederlassung gefunden haben und damit gemäss den Verträgen über den freien Personenverkehr über eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung verfügen. Daneben gibt es die Illegalen. Wenn jeder rechtlich korrekt einreisende Immigrant vom ersten Monat an ein Grundeinkommen von 2500 Franken erhielte, so würde die Schweiz in der Tat rasch zum Reiseziel aller möglichen europäischen Arbeitslosen. Es ist aber relativ einfach, ein solches Szenario abzuwenden. Im Prinzip reicht es aus, eine Karenzfrist von 2–3 Jahren einzurichten, während der das Grundeinkommen in den direkt vom Arbeitgeber ausbezahlten Lohn integriert wird, welcher dieses anschliessend vom Staat zurückbezahlt erhält. Damit entfällt jedes Interesse an einer Immigration in die Schweiz ohne Arbeitsvertrag oder ohne eine Qualifikation, welche den Weg für eine umgehende Einstellung öffnet. Darüber hinaus braucht es für die Frist ohne Arbeit eine provisorische Regelung, welche sich am bestehenden System orientieren kann. So benötigen wir zum Beispiel weiterhin eine Arbeitslosenversicherung sowie den Anspruch auf einen Unterbruch der Karenzfrist, z.B. im Fall von Invalidität als Folge eines Unfalls. Kurz: Während der Karenzfrist dürfte sich die Lage der legalen Immigranten gegenüber dem heutigen Zustand nicht ändern.

Bei den illegalen Einwanderern ist die Antwort noch einfacher. Allgemein kann man sagen, dass die Einführung des Grundeinkommens die finanzielle Attraktivität der Schwarzarbeit massiv verringert, da auf dem Arbeitsmarkt die Personalkosten substanziell zurückgehen. Dies gilt nicht nur für die Stellensuchenden, sondern auch und vor allem für die Arbeitgeber. So wird im konkreten Fall angesichts der teuren Lebenshaltungskosten in der Schweiz kaum ein illegaler Immigrant eine

Einwanderung in die Schweiz wagen, wenn er hier gerade mal mit 1000 Franken pro Monat rechnen kann (ohne berufliche Qualifikationen). Zudem ist es auch für einen Schweizer Arbeitgeber nicht mehr interessant, einen Schwarzarbeiter bzw. einen Illegalen anzustellen und dabei all die gesetzlichen Risiken eines solchen Verhaltens einzugehen. Kurz: Ein Grundeinkommen senkt die Attraktivität der Schwarzarbeit im Vergleich zum aktuellen Zustand. Daneben handelt es sich hier natürlich um ein eigenständiges politisches Problem.

Kommen wir zum Sozialdumping. Hier stellt sich die Frage anders. Es geht um das Fehlen einer sozialen Sicherung oder ihr Ungenügen im Verbund mit extrem tiefen Lohnkosten, welche entweder Schweizer Unternehmen anziehen (Produktionsverlagerung) oder es ausländischen Unternehmen erlauben können, ihre Produktion in der Schweiz zu Billigpreisen abzusetzen. Solche Phänomene sind heute eine unbestrittene Realität. Umgekehrt nimmt aber das Sozialdumping in dem Mass ab, in dem man die soziale Sicherheit (in welcher Form auch immer) über die MWST finanziert und nicht mehr über Lohn- oder Einkommensbeiträge. Es handelt sich dabei natürlich nicht um eine Auswirkung eines Grundeinkommens, sondern um die Verlagerung der sozialen Kosten der Arbeit (unabhängig von der Art der Sozialleistungen) vom Produktionsland in das Land des Konsums; erreicht wird dies durch die Erhebung der «sozialen» Mehrwertsteuer auf den Importen. Wie bereits weiter oben gesagt, handelt es sich hier um eine Massnahme mit einem gewissen protektionistischen Effekt, welche mit unseren Handelspartnern ausgehandelt werden muss.

Noch eine Bemerkung zur politischen Machbarkeit des Grundeinkommens. Sogar in entwickelten Ländern wie in der Schweiz setzt die Durchsetzbarkeit ein Minimum an Übereinstimmung zwischen den Sozialpartnern und ihren politischen Vertretern voraus. Beim Grundeinkommen handelt es sich um eine liberale Reform sowohl der Wirtschafts- als auch der Sozialpolitik. Als solche wird sie das Misstrauen der Konservativen sowohl auf linker als auch auf rechter Seite wecken. Denn heute nimmt die Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Liberalen, welche das ganze 19. Jahrhundert in Europa geprägt hat, wieder zu und löst allmählich die politische Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts ab; in beiden politischen Lagern gibt es Liberale und Konservative. Dies heisst nicht, dass eine Allianz zwischen den liberalen und den konservativen Kräften in beiden Lagern unmittelbar bevorsteht, aber es ist klar, dass die Globalisierung der Wirtschaftsverhältnisse zu einer Neuverteilung der Karten im politischen Spiel führt, wie sie in ihrer ganzen Tragweite noch nicht erkannt worden ist – und zwar nicht nur in Europa.

Zu guter Letzt darf man die Machbarkeit eines Grundeinkommens nicht aufgrund der momentanen politischen Gegebenheiten beurteilen. Die Bedingungen des gegenwärtigen Wirtschaftswachstums werden unabhängig von den weiter bestehenden Rezessionsrisiken früher oder später zu einem Wandel der öffentlichen Meinung zu solchen Fragen führen, etwa so, wie wir dies bereits bei der Klimaerwärmung gesehen haben. Dies heisst, dass wir heute einen solchen Stimmungsumschwung vorbereiten und fördern können und sollen.

Die Finanzierung des Grundeinkommens

Kostenneutralität

Heute bewegt sich in der Mehrzahl der modernen Demokratien der Anteil des BIP, welcher für die soziale Sicherheit im weitesten Sinn eingesetzt wird, d.h. einschliesslich Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, zwischen 30% und 35% (Steuern, Pflichtabgaben usw.). Demzufolge liesse sich zunächst annehmen, dass das Grundeinkommen, verstanden als Ablösung dieser Formen von sozialer Absicherung, die heute als ineffizient angesehen werden, nicht mehr und auch nicht weniger kosten sollte. Kostenneutral heisst das Stichwort hier. Anstatt all diese sozialen (und aus wirtschaftlicher Sicht protektionistischen) Sozialinstitutionen gemäss ihren spezifischen Bedürfnissen im Einzelnen zu finanzieren, richtet man dieselben Mittel direkt an die ganze Bevölkerung aus und erhält somit eine Art von durchschnittlichem Sozialanteil pro Kopf.

Wenn man diesen Grundsatz befolgt, ergibt sich für das Grundeinkommen ein durchaus ansehnlicher Betrag (vor allem, wenn man für die Minderjährigen nur den halben Betrag einsetzt). So würde z.B. in der Schweiz im Jahr 2004 ein Grundeinkommen von rund 2000 Franken (EUR 1200²⁸) pro Kopf anfallen²⁹. In Deutschland hätte dies im gleichen Jahr etwa 800 Euro ergeben.

Natürlich ist es legitim, einen solchen pragmatischen Ansatz in Frage zu stellen. Auch wenn man die Kaufkraftunterschiede zwischen den verschiedenen angesprochenen Ländern berücksichtigt, hat der hergestellte Zusammenhang zwischen der Höhe des Grundeinkommens und dem Volkseinkommen bzw. dem BIP zur Folge,

²⁸ Die Beträge in Euro entsprechen einem Wechselkurs von 1 € = 1,68 CHF.

²⁹ In dieser Rechnung werden die Beträge nicht berücksichtigt, die im Bereich der Bundes-, Kantons- und Gemeindegemeinschaften infolge der mit dem Grundeinkommen sinkenden direkten Lohnkosten eingespart werden können.

das Gewicht des Grundeinkommens zu relativieren. So wird die Grosszügigkeit der sozialen Sicherung in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Reichtum des Landes gebracht. Ein ähnliches Problem stellt sich übrigens bei der Definition der Armut³⁰; hier wäre beispielsweise ein «Armutsbetroffener» in der Schweiz im Kongo ein Mitglied der oberen Gesellschaftsschicht... Andererseits sind objektive Definitionen komplex in der Anwendung und auch nicht zwangsläufig gerechter in sozialer Hinsicht. In dieser Beziehung schliesst sich BIEN-Schweiz mit der Verwendung des kulturellen Existenzminimums den Befürwortern einer relativen Definition an. Die für die Schweiz angegebenen Zahlen unterstellen eine 100%-ige Ablösung des geltenden Systems der sozialen Sicherheit, die man somit auch noch aus dem Gesichtspunkt des sozialen Ausgleichs betrachten muss. Wenn man den Grundsatz der Kostenneutralität einhält, muss die Finanzierung sämtlicher Ausnahmefälle (z.B. die Weiterführung einer Sofort- oder Nothilfe in begründeten Einzelfällen, welche die Mittel der betreffenden Personen überschreiten) zwangsläufig zu Lasten des Grundeinkommens gehen. Dieser Bereich wird hier nicht im Einzelnen besprochen.

In der Praxis wichtiger bei der Finanzierungsfrage ist die Art und Weise, wie die Einnahmen erhoben werden, sowie die Auswirkungen der verschiedenen Optionen auf die wirtschaftliche Aktivität sowie auf den sozialen Zusammenhang. Nachfolgend geben wir einen Überblick über diese verschiedenen Optionen.

Die verschiedenen Finanzierungsoptionen

Welche Kriterien sind bei der Beurteilung der Finanzierungsmodelle in Anwendung zu bringen? Wir sollten uns davor hüten, diese Frage allzu technisch anzugehen. Es geht nicht darum, wo das Geld aufzutreiben ist. Wir stehen hier nicht vor irgendeinem öffentlichen Ausgabenbedarf, für den eine Finanzierung zu suchen ist. Das Grundeinkommen verwandelt Wirtschaft und Gesellschaft von Grund auf. Die Bestimmung des Finanzierungsmodells muss in erster Linie diesen zentralen Parameter berücksichtigen.

Demzufolge schlage ich einen kombinierten Ansatz vor. Es sollen die Auswirkungen der Leistung und ihrer Finanzierung im gleichen Zug studiert werden. Diese Analyse kann mit drei Kriterientypen erfolgen:

³⁰ Gewöhnlich definiert man als arm die EinwohnerInnen, deren Einkommen 50% bzw. 60% des mittleren Einkommens nicht überschreiten (mittleres Einkommen = Mitte der Einkommenskala nach Personen).

- Von Bedeutung sind die Auswirkungen der Leistung sowie des entsprechenden Finanzierungsmodells auf den Arbeitsmarkt und auf die Bedingungen der Wertschöpfung.
- Zweitens setzt das bedingungslose Grundeinkommen neue Normen der sozialen Gerechtigkeit oder des sozialen Ausgleichs voraus, wie wir sie oben in den Grundzügen diskutiert haben. Auch hier geht es ebenso sehr um das Finanzierungsmodell wie um das Grundeinkommen selber.
- Schliesslich können wir im Zeitalter der Globalisierung nicht über das Grundeinkommen und seine Finanzierung diskutieren, ohne Überlegungen zum internationalen und globalen Kontext anzustellen. Insbesondere müssen die Beziehungen zwischen einer Volkswirtschaft mit einem Grundeinkommen und anderen Volkswirtschaften ohne Grundeinkommen untersucht werden, zudem noch in jeweils reichen oder armen Ländern. Je nach Ergebnis führt dies zu sehr unterschiedlichen Folgerungen.

Gegenwärtig liegt eine ganze Reihe von Vorschlägen und Berechnungen für die Finanzierung des Grundeinkommens vor. Auf der Grundlage eines statischen Ansatzes (*ceteris paribus*) ist, wie ich es gezeigt habe, die Finanzierungsmöglichkeit für ein Grundeinkommen von rund einem Drittel des Volkseinkommens nachgewiesen³¹. Natürlich sind solche Berechnungen nicht besonders zuverlässig, da sie die Auswirkungen der Reform auf das Verhalten der wirtschaftlichen Akteure nicht berücksichtigen. Die Realisierbarkeit eines Grundeinkommens steht und fällt aber genau mit diesem schwierigen, aber nicht unmöglich zu berechnenden Punkt und nicht auf der Grundlage einer einfachen buchhalterischen Rechnung mit aktuellen Daten.

Insofern geht es zunächst darum, die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die allgemeine Wirtschaftstätigkeit zu untersuchen.

- **Lohnabgaben**

Hier wird das Grundeinkommen durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanziert, wie dies auch bei den aktuellen Sozialversicherungen der Fall ist. Es handelt sich in jedem Fall um die ungünstigste Lösung. Zwei Schwierigkeiten bestehen: Das gesamte Finanzierungsgewicht lastet auf der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung und aus Sicht der Produktionskosten sogar einzig auf dem Produktionsfaktor Arbeit. Die Auswirkungen sind jenen vergleichbar, die wir bereits heute

³¹ Siehe u.a. die Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (Straubhaar 2007)

kennen, einfach noch ausgeprägter; wir verweisen darauf, dass im Moment rund 30% der Einnahmen der AHV/IV aus Steuererträgen stammen. Die Arbeitskosten werden immer prohibitiver; es ist mit einer Abnahme der Beschäftigung zu rechnen (mindestens der legalen Beschäftigung) sowie mit einer beschleunigten Produktionsverlagerung.

- **Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen**

Dieses Modell wird von einigen CDU-Politikern in Deutschland vorgeschlagen und auch von Prof. Straubhaar vom IWW unterstützt. Es ist unter gewissen Voraussetzungen praktikabel. Insbesondere wäre eine Steuerbefreiung eines gewissen Einkommensbetrags nötig (über das Grundeinkommen hinaus), um im Niedriglohnbereich allzu grosse Turbulenzen zu vermeiden³². Eine dahingehend modifizierte Einkommenssteuer würde die wirtschaftliche Machbarkeit eines Grundeinkommens stützen. Dieses Potenzial ist allerdings völlig unabhängig von der Zuteilung der Steuereinnahmen (ganz oder teilweise für die Finanzierung des Grundeinkommens).

Prinzipiell ist zu sagen, dass eine Finanzierung des Grundeinkommens über eine direkte Besteuerung von Einkommen und Vermögen weiterhin der klassischen Logik einer nachträglichen Korrektur der in der Bevölkerung vom Kapitalismus geschaffenen Einkommensungleichheiten folgt, ohne sich aber gegen die aktuelle Funktionsweise des Kapitalismus selber zu richten. Das Risiko besteht dabei, die Stigmatisierung und das Misstrauen bei den betroffenen sozialen Schichten zu verschärfen. Das Konzept, dass die Reichen das Einkommen der Armen finanzieren sollen, wird hier nicht grundsätzlich aufgegeben. Politisch gesehen beruht ein solches Grundeinkommen auf einem psychologischen Schuldgefühl, welches an den moralischen Normen festhält, mit denen die Vermögenden zur Grosszügigkeit und die Armen zur Dankbarkeit veranlasst werden. Insgesamt basiert dieser Finanzierungsmodus auf einer sozialen Praxis, welche der Auffassung eines Grundeinkommens als Grundrecht entgegen läuft.

Theoretisch könnte man auch die Erträge einer direkten Besteuerung von Gewinnen und Vermögen der juristischen Personen (insbesondere die Unternehmensgewinne) oder eine Erbschaftssteuer herbeiziehen. In der Praxis stossen wir hier aber schnell an die Grenzen, welche durch die Steuerkonkurrenz gesetzt werden; wir riskieren die Abwanderung von Unternehmen, Arbeitsplätzen und auch Steuerpflichtigen.

³² In der Absicht, die finanzielle Attraktivität der Erwerbsarbeit auch im Niedriglohnbereich weiter zu gewährleisten, wäre für solche Zusatzeinkommen ein Steuerfreibetrag in Höhe von 50% des Grundeinkommens angebracht (siehe auch weiter oben S. 31).

Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass das Prinzip der Kostenneutralität nicht nur für die öffentlichen Finanzen gilt, sondern auch für die finanzielle Situation der natürlichen und juristischen Personen im Privatsektor. Demzufolge müssen Erhöhungen der Abgaben eines Steuerpflichtigen an irgendeinem Punkt in der Regel durch Erleichterungen in einem anderen Punkt ausgeglichen werden.

- **Konsumsteuer (MWST)**

Eine Finanzierung des Grundeinkommens über indirekte Steuern, insbesondere über die MWST, ist insofern sinnvoll, als dabei das gesamte Sozialbudget, unabhängig von der Leistungsart und -dichte, als eine Art indirekter Produktionskosten betrachtet wird (Grundsicherung = Preis für die Flexibilität = soziale Kosten der Arbeit) und auf den Preis des verkauften Produkts geschlagen wird. Im Gegensatz zur geltenden Praxis, welche hauptsächlich auf den obligatorischen Lohnabgaben beruht (Abzüge, Beiträge), verteilt die Finanzierung über die MWST die Belastung auf sämtliche Produktionsfaktoren und benachteiligt somit die Arbeit nicht gegenüber anderen Kostenfaktoren. Theoretisch handelt es sich um die bei weitem beste Lösung; hier geht es überhaupt nicht mehr um Einkommenstransfer, sondern das Grundeinkommen erscheint als Produktionskostenfaktor, der im Preis der Produkte oder Dienstleistungen für den Konsumenten integriert ist.

Aus den gleichen Gründen hat die MWST keinen einkommenspolitischen Nutzen. Die Konsumenten bezahlen die gleichen Konsumgüterpreise, egal, ob sie reich sind oder arm, und beteiligen sich somit auch an der Finanzierung des Grundeinkommens, ohne dass dabei ihre persönliche Kaufkraft berücksichtigt wird. Die ethischen und sozialen Dimensionen dieser Option sind oben diskutiert worden³³; ich verzichte hier auf eine Wiederholung.

Dagegen muss man auf einer pragmatischeren Ebene darauf hinweisen, dass ein MWST-Satz, der die Finanzierung eines Grundeinkommens gemäss unserer Definition erlaubt, in keinem Verhältnis zu den heute üblichen Sätzen stehen wird. Nun hängt natürlich alles von der gewählten Steuerbasis (mehrwertsteuerpflichtige Wertzuwächse) ab. In der Schweiz zum Beispiel unterliegen im Moment nur zwei Drittel des BIP der MWST. Wenn wir auf dieser Basis eine soziale Absicherung im Umfang von 33% des BIP allein durch die MWST finanzieren wollen, ergibt sich ein mittlerer Steuersatz von 100%. Daraus entstehen zwei Schwierigkeiten. Einerseits kann nur ein maximales Ausmass an Konkurrenz eine Erhöhung der Preise der verkauften Produkte und Dienstleistungen verhindern (obwohl der rückläufige Preis der Arbeit eine MWST-Erhöhung ausgleichen müsste), so dass ein Inflations-

³³ Seiten 34–36.

risiko nicht auszuschliessen ist. Andererseits erhöht sich die Versuchung, angesichts derart hoher Steuersätze mit nicht deklarerter, selbstständiger Arbeit die MWST zu umgehen, ganz erheblich; dies muss berücksichtigt werden.

Wenn wir annehmen, dass die importierten Güter und Dienstleistungen zum gleichen Satz besteuert werden, ergibt sich eine spürbare Verteuerung der Importe. Am Beispiel: Der Preis eines aus China importierten Produkts würde sich in der Schweiz praktisch verdoppeln. Es ist klar, dass diese Art der Finanzierung der sozialen Sicherung im Land des Verbrauchs der Produkte mit einer so genannten sozialen Mehrwertsteuer zu Turbulenzen im Welthandel und bei der WTO führen kann, unabhängig von den theoretischen Vorteilen. Immerhin würde es sich auch um ein Mittel zur Bekämpfung der übermässigen Ausbeutung und des fehlenden sozialen Schutzes handeln, wie sie bei gewissen Schwellenländern bekannt sind, welche im Moment auf Exportwirtschaft spezialisiert sind. Schliesslich würde die gesamte Neuverteilung der Arbeit rund um den Globus in Frage gestellt, wie sie im letzten Jahrzehnt stattgefunden hat und von der auch die Schweizer Wirtschaft profitiert. Hier liegt mit anderen Worten ein Thema, das man mindestens genauer anschauen müsste.

- **Weitere Finanzierungsmodelle**

1. Im Rahmen unserer Organisation (BIEN-Schweiz) wurde auch ein Modell mit Ausgleichszahlungen vorgeschlagen³⁴. Dabei würde für die wirtschaftlich aktive Bevölkerung ein Mindestbetrag festgelegt, oberhalb dessen das Grundeinkommen vom Lohn abgezogen wird und vom Arbeitgeber direkt der zuständigen Kasse überwiesen wird. Diese Kasse würde ungefähr wie eine AHV-Ausgleichskasse funktionieren. Zur Finanzierung des Grundeinkommens für die nicht berufstätige Bevölkerung müsste man zusätzliche Finanzquellen erschliessen und die Einsparungen nutzen, welche sich aus der Abschaffung verschiedener Sozialleistungen und Subventionen ergibt (Substitutionseffekt, vor allem bei den Pensionierten).

Der erste und wichtigste Einwand gegen dieses Modell (ebenso wie gegen alle Finanzierungsmodelle, die auf obligatorischen Lohnabzügen beruhen, unabhängig von der damit finanzierten Leistung – also auch beim aktuellen System) gründet darauf, dass es die Beschäftigung durch übermässige Arbeitskosten bestraft. Unerwünschte Auswirkungen sind zu befürchten: Einerseits sprechen immer mehr Gründe für eine Produktionsverlagerung ins Ausland, und andererseits gibt es keine Anreize für die Arbeiter, sich an der Wertschöpfung zu beteiligen, da ihre Leistun-

³⁴ Siehe hierzu das Heft zum Grundeinkommen Nr. 1 von BIEN-Schweiz.

gen nicht angemessen entschädigt werden (Nettolohn). Schliesslich schafft dieses Modell (aus den gleichen Gründen) weitere Anreize zum Betrug (Schwarzarbeit).

Andererseits bin ich der Meinung, dass dieses Modell, das zunächst die Einfachheit sucht und das Grundeinkommen wie eine Reform oder eine Ausweitung der AHV behandelt, im Grunde genommen an der Tatsache vorbeigeht, dass das Grundeinkommen universell ist und in diesem Sinn (sofern man dabei die Bedürfnisbindung ausblendet) näher dem angelsächsischen System von Beveridge³⁵ als dem Sozialversicherungssystem steht. Konkret formuliert: Das Grundeinkommen ist für alle und nicht nur für die Versicherten. Dadurch wird der institutionelle Rahmen der AHV gesprengt.

Auf einen Nenner gebracht: Dieses Finanzierungsmodell versucht, Neues mit einem bewährten, aber veralteten Instrument zu schaffen. Es strebt eine Kontinuität mit der Gesellschaft der industriellen Massenproduktion an, während umgekehrt das Grundeinkommen mit den Rahmenbedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft bricht, die wir bis heute kannten. Aus diesem Grund hat es wenig Erfolgchancen: Zu viel für die einen, zu wenig für die anderen.

2. Gewisse Anhänger des Grundeinkommens schlagen eine Finanzierung vor, die mindestens zum Teil auf der Besteuerung der natürlichen Ressourcen beruht (Energie, Grundeigentum, Rohstoffe). Diese Modelle verbinden die Finanzierung der sozialen Sicherung mit ökologischen Motiven. Persönlich habe ich keine grossen Sympathien für diese Sorte von Cocktails. Die Finanzierung des Grundeinkommens ist ein integrierender Bestandteil der Reform des Sozialstaats, wie sie die Einführung eines solchen Grundeinkommens unterstellt; insofern dürfen auch nur die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte dieser Reform berücksichtigt werden. Jede andere Lösung wäre pure Bastelei.

Es zeigt sich jedenfalls, dass alle hier betrachteten Finanzierungsmodelle ihre Vor- und Nachteile aufweisen. Um nicht allzu hohe Turbulenzen auszulösen, wäre es möglicherweise am Platz, eine Mischlösung zu finden.

³⁵ Die Berichterstattungen des englischen Wirtschaftswissenschaftlers W. Beveridge (1879–1963) über die soziale Sicherung (1942) und die Vollbeschäftigung (1944) dienten als Grundlage bei der Errichtung des Sozialstaates in seinem Land (Quelle: Wikipedia).

Gemischtes Finanzierungsmodell für ein Grundeinkommen von 2000 bzw. 2500 Franken monatlich für die gesamte Wohnbevölkerung der Schweiz

In der Schweiz hätte die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens von monatlich 2000 Franken pro Person (EUR 1200) im Jahr 2006 eine Gesamtsumme von rund 160 Mrd. Franken ausgemacht. Dies entspricht 31% des Bruttoinlandprodukts und liegt somit am unteren Ende der Bandbreite, welche wir bei der Schätzung des finanziellen Volumens unserer sozialen Sicherung errechnet haben (30%-35%).

Bei einem Grundeinkommen von 2500 Franken monatlich (1500 Euro) erhöhen sich diese Kosten auf rund CHF 200 Mrd, was 38% des BIP entspricht. Wir wissen, dass im Moment die Staatsquote in der Schweiz, einschliesslich obligatorischer Lohnabgaben, 43% beträgt. Unter Annahme einer unveränderten Staatsquote müssten also die öffentlichen Ausgaben ausserhalb der Sozialversicherung auf 5% des BIP eingeschränkt werden, was nicht sehr realistisch erscheint.

Selbstverständlich handelt es sich hier um eine politische Entscheidung. Wir haben die Wahl: entweder begnügen wir uns mit einem Grundeinkommen von 2000 Franken, oder wir erhöhen die Staatsquote auf fast 50% (möglicherweise etwas weniger, wenn wir gleichzeitig bei den Subventionen abbauen können). Was Letztere angeht, bin ich nicht der Ansicht, dass eine derartige Erhöhung der Staatsquote zwangsläufig als wirtschaftliche Irrlehre abzuqualifizieren ist. Auch ein Liberaler wird verstehen, dass von diesen 50% nur 12% auf den eigentlichen Staatshaushalt entfallen, während das Grundeinkommensbudget einen Finanzfluss umfasst, der von der Privatwirtschaft ausgeht und auch wieder in die Privatwirtschaft mündet; hier spielt der Staat nur die Rolle einer Treuhandstelle ohne weitere Zuständigkeiten. Höchstens könnte man anfügen, dass solche Finanzflüsse indirekt die Inlandnachfrage³⁶ stützen, ohne dabei inflationstreibend zu wirken, sofern daraus keine Konkurrenzhindernisse entstehen. Anders gesagt: Es handelt sich nicht um eine schleichende Verstaatlichung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Eigentlich im Gegenteil: In dem Masse, in dem es die bedarfsorientierte Sozialpolitik ersetzt, verschafft das Grundeinkommen dem schlanken Staat, wie ihn die Liberalen fordern, eine zusätzliche Legitimität.

Hier geht es nicht darum, über die Höhe der Beträge zu entscheiden. Dagegen steht fest, dass ein kleines Grundeinkommen sein Ziel einer Befreiung der Gesellschaft vom Zwangscharakter der Arbeit nicht erreichen wird und deshalb gleich-

³⁶ Inlandnachfrage: Nachfrage nach Gütern und Leistungen im Inland.

zeitig das alte System ganz oder teilweise aufrechterhalten werden muss. Aus diesem Grund ist auch hier festzuhalten, dass die tiefste Grundeinkommensvariante nicht zwingend die billigste Lösung für die Steuerzahler darstellt.

Substitutionseffekte

Ich bezeichne mit Substitutionseffekten im Rahmen der Finanzierung des Grundeinkommens jene Finanzmittel, welche gegenwärtig von der öffentlichen Hand für die soziale Sicherung und wirtschaftliche Unterstützung oder auch für die soziale und berufliche Wiedereingliederung eingesetzt werden, und die unter den oben genannten Bedingungen vom Grundeinkommen, aber auch durch die selbstverwalteten Aktivitäten der Assoziativbewegung abgelöst werden (soziale und solidarische Wirtschaft). Hinzu kommen die Einnahmen aus den gegenwärtigen Sozialversicherungen (ohne Krankenkassen und berufliche Vorsorge).

Was die berufliche Vorsorge angeht, welche mit ihrer spezifischen Organisation eher einer besonderen Sparform gleicht als einer effektiven Versicherung (Kapitalisierungsprinzip), so darf hier selbstverständlich an wohl erworbenen Rechten nicht gerüttelt werden. Dagegen erlaubt die Einführung eines Grundeinkommens eine Veränderung der Rahmenbedingungen bei diesen Sparmodellen, welche in Zukunft eher als eine ergänzende Altersversicherung zum Grundeinkommen eingerichtet würden und somit aus dem sozialgesetzlichen Pflichtgebäude entlassen werden könnten. Auch der Arbeitgeberbeitrag zu diesen Sparmodellen wäre nicht mehr vom Gesetz vorgeschrieben bzw. würde zum Gegenstand der Lohnverhandlungen. So würde die Zweite Säule ganz ähnlich aussehen wie die Dritte Säule. Eine solche Liberalisierung würde es dem Staat erlauben, seine gegenwärtige Rolle als zuständiger Entscheidungsträger für das Preis/Leistungsverhältnis in einem heute recht bedeutenden Teil des Finanzmarktes aufzugeben. Die höhere Verhandlungsmacht des Stellensuchenden, welche auch die Entlohnungsbedingungen beschlägt dank dem Grundeinkommen, verleiht dieser Option ihre soziale Legitimität.

Um unsere Aufzählung der Neuzuteilung bestehender Einnahmen abzuschliessen, müssen auch die öffentlichen Zuwendungen an die Sozialversicherungen erwähnt werden, welche bereits heute mit 30% der Gesamteinnahmen alles andere als vernachlässigbar sind. Dazu kommen jene Budgetanteile der öffentlichen Haushalte, welche für alle Arten von Subventionen eingesetzt werden, mindestens soweit sie ganz oder teilweise der Finanzierung von Arbeitseinkommen dienen (Landwirtschaft, aber auch Kultur sowie zum Teil bei NRO); die durch den Abbau dieser

Subventionen frei werdenden Mittel können für die Finanzierung des Grundeinkommens eingesetzt werden. In der Substitution liegt ein Potenzial von mindestens 90–100 Mrd. Franken (auch hier ohne Gesundheitssektor³⁷ und berufliche Vorsorge).

Reine MWST-Finanzierung: 2000 Franken

Für ein «kleines» Grundeinkommen von 2000 Franken (kostenneutral) würden somit 30–40 Mrd. fehlen, welche heute praktisch den Beiträgen an die Zweite Säule entsprechen (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge). Doch zunächst müssen wir 90–100 Milliarden finanzieren, von denen im Moment ungefähr die eine Hälfte durch Lohnbeiträge und die andere durch Steuern (direkte und indirekte) erbracht werden.

Wenn man diese Finanzquellen vollumfänglich um eine entsprechend angepasste MWST ersetzt, muss man zunächst die Steuergrundlage für eine solche Steuer berechnen. Im Jahr 2005 machte sie (die Summe der besteuerten Werte) rund CHF 240 Mrd. aus, etwas mehr als die Hälfte des BIP (52.5%). Heute haben sich diese Zahlen geändert, aber vermutlich nicht die Proportionen. Es stellt sich also die Frage, ob und wie weit der übrige Teil des jährlich geschaffenen Mehrwerts der MWST unterstellt werden könnte. Oder aber man zieht zur Finanzierung des Grundeinkommens diese Bereiche herbei z.B. mit einer neuen, MWST-ähnlichen Abgabe (z.B. Kapitalgewinnsteuer) oder durch die Zuteilung ähnlicher bereits bestehender Steuermittel in diesen Topf (z.B. Immobiliengewinnsteuer).

Wenn es jedenfalls gelingt, den Abdeckungsbereich der MWST in dieser oder einer anderen Form auf rund 80% des BIP³⁸ anzuheben, dann beläuft sich der für den Ersatz der bestehenden Finanzierung notwendige durchschnittliche Steuersatz auf rund 35%. In diesem Fall würde es bei den Steuereinnahmen im Rahmen der Kostenneutralität zu einer entsprechenden Reduktion der direkten Besteuerung führen, sofern die heutigen Beiträge der kantonalen und Gemeindefinanzen zum Sozialbudget entfallen.

³⁷ Von dieser Aufstellung habe ich die Gesundheitskosten deshalb ausgeschlossen, weil ich den Gesundheitssektor als einen gesonderten Bereich betrachtete, der als solcher zu behandeln ist.

³⁸ In dieser notwendigermassen summarischen Berechnung sollte auch der Aussenhandelsüberschuss der Schweizer Wirtschaft Berücksichtigung finden (mehr Exporte als Importe). 2005 belief sich der genannte Überschuss, der für die MWST einen Gewinnausfall bedeutet, auf 30 Milliarden bzw. 6.5% des BIP.

Damit würde die Finanzierung des Grundeinkommens (nur durch die MWST) strikt abgetrennt von den allgemeinen öffentlichen Ausgaben, wo die direkte Besteuerung weiterhin die Hauptrolle spielen würde. Beiläufig sei gesagt, dass damit die Kompetenzen für die Sozialpolitik wesentlich (nämlich was das Grundeinkommen anbelangt) von den Kantonen an den Bund übergehen würden. Nur noch Notfallhilfen für Einzelfälle, wo das Grundeinkommen aus irgendwelchen Gründen die Bedürfnisse nicht abdeckt, verblieben bei den Kantonen. Diese hätten dagegen völlige Autonomie bei der Festlegung ihres Steuerprofils für die dann noch notwendigen Ausgaben. Das Grundeinkommen liefert jedenfalls neue Argumente, sowohl bezüglich der Gerechtigkeit als auch der Effizienz, für die oben aufgeführte Option einer linearen Besteuerung (Flat Tax), begleitet von einem erhöhten Steuerfreibetrag (1.5x das Grundeinkommen).

2500 Franken

Wenn man sich auf 2500 Franken pro Monat einigt, kostet das Grundeinkommen die Schweizer Wirtschaft rund CHF 200 Mrd oder 38% des BIP. Eine Finanzierung allein über die MWST würde zu den oben umrissenen Bedingungen einen durchschnittlichen Steuersatz von 40% erfordern, was hoch erscheinen mag. Wenn man für die Finanzierung der Differenz von 500 Franken pro Monat und Person (Mehrkosten: 40 Mrd. Franken) die direkte Einkommenssteuer einsetzt, so müsste aus Gründen der Einfachheit auf die direkte Bundessteuer zurückgegriffen werden; damit wäre der Kreis geschlossen: wir hätten Bundeseinnahmen für eine Bundesaufgabe. Dies würde allerdings bedeuten, die Einnahmen dieser Steuer rund zu verdreifachen.

Heute ist die direkte Bundessteuer deutlich stärker progressiv als die meisten kantonalen Steuertarife. Wir stehen somit vor einem erheblichen politischen Problem, wenn wir diese Einnahmen verdreifachen wollen: Die Steuereffizienz mit der sozialen Gerechtigkeit, so wie wir sie anlässlich der Legitimierung des Rechts auf ein Grundeinkommen neu definiert haben, in Einklang zu bringen. Aus diesem Grund würde ich vorschlagen, die Einführung eines Grundeinkommens mit einer gründlichen Erneuerung der direkten Bundessteuer zu verknüpfen. Schliesslich wäre im hier erläuterten Fall die Verlagerung der Steuerhoheit von den Kantonen zum Bund noch ausgeprägter.

Teilweise Finanzierung eines Grundeinkommens durch die direkte Bundessteuer

Gegenwärtig macht in der Schweiz der Steuerfreibetrag bei der direkten Bundessteuer (für Alleinstehende) 9600 Franken des steuerbaren Einkommens aus. Nach einer Progression von 0.77% (bis 21'000 Franken) bis 5.9% (116'900 Franken) folgt eine Tranche (von 117'000 bis 501'700 Franken), die mit dem Maximalsatz von 13.2% besteuert wird, womit sich der globale Steuersatz bis zum Grenzsteuerwert von 11.5% ausdehnt. Ab 501'700 Franken Nettoeinkommen verändert sich an diesem Steuersatz nichts mehr. Wir verweisen darauf, dass es sich bei der direkten Bundessteuer um eine Zusatzsteuer handelt, welche zuerst für das nationale Rüstungsbudget geschaffen wurde, während die direkte Besteuerung ansonsten in der Zuständigkeit der Kantone steht. Im Jahr 2006 brachte diese Steuer dem Bund rund 13.5 Mrd Franken ein, d.h. rund 10% der gesamten Steuereinnahmen in der Schweiz (ohne obligatorische Lohnabgaben). Beim aktuellen System handelt es sich somit für die Steuerpflichtigen nicht um eine zentrale Steuerbelastung; dagegen erscheint sie wegen der progressiven Besteuerung sowie wegen der beschränkten möglichen Abzüge als «sozialere» Steuer als die meisten anderen kantonalen Steuern. (Allerdings ist hier aus Gründen des Realismus zu bemerken, dass die direkte Bundessteuer nicht zufällig zugleich sozial und vom Volumen her sekundär ist.)

Im oben diskutierten Fall würden Einnahmen in der dreifachen Höhe dieser Steuer für die Zusatzfinanzierung des Grundeinkommens benötigt, nämlich 40 Milliarden Franken. Wenn wir bei der gegenwärtigen Struktur bleiben, würde dies eine Verdreifachung sämtlicher Sätze bedeuten, wodurch der Maximalsteuersatz (für steuerbare Einkommen von 500'000 Franken und mehr) auf 34.5% steigen würde. Dies lässt sich rechtfertigen durch den Rückgang der Steuerbelastung in den Kantonen (was nicht zwingend ist, da dabei die kantonalen Ausgaben ebenfalls um die Hälfte abnehmen müssten).

Wenn wir aber den Steuerfreibetrag auf 150% des Grundeinkommens anheben, dann ist es in der gegenwärtigen, vom internationalen Steuerwettbewerb geprägten Situation notwendig, um dieselben Steuereinnahmen zu sichern, auf die Progression bei den Steuertarifen zu verzichten. Dazu ist Folgendes zu sagen: Fasst man sämtliche Einkommen (Grundeinkommen plus Privateinkommen) zusammen, so ergibt eine Besteuerung von z.B. 20% der Einkommen oberhalb von 45'000 Franken (entsprechend einem Grundeinkommen von 2500 Franken plus 1250 Franken Erwerbseinkünften pro Monat) auf ein Gesamteinkommen von 90'000 Franken

eine Steuerbelastung von nur 10% und bei 180'000 Franken 15%³⁹. De facto haben wir also dennoch eine Progression. Das Problem des relativ abrupten Einsatzes der Besteuerung schafft allerdings eine gewisse Schwierigkeit. Am unteren Ende der Erwerbseinkommenskala (ab jährlich 15'000 Franken) macht sich die einsetzende Besteuerung stärker bemerkbar als heute.

Es bleibt gleichwohl unbestritten, dass mit der Logik dieser Art von Besteuerung eine gewisse Umverteilung von Kaufkraft von den mittleren und oberen Einkommensklassen in Richtung der unteren Klassen einhergeht. Dabei wird aber vermieden, die sehr hohen Einkommen so stark auszubluten, dass die betroffenen Steuerpflichtigen ins Ausland abwandern. So werden quasi durch die Hintertür eine egalitaristische Sozialethik und eine Umverteilung von Kaufkraft wieder eingeführt, obwohl, wie wir dachten, das Grundeinkommen einen Verzicht auf diese Norm und Praxis rechtfertigte.

Aus diesem Grund würde ich persönlich die reine MWST-Lösung für die Finanzierung des Grundeinkommens vorziehen, allerdings unter zwei Voraussetzungen:

- Unter Konkurrenzbedingungen darf der Endverkaufspreis der Güter und Dienstleistungen von der Veränderung der Produktionskostenstruktur nicht beeinträchtigt werden. (Die Einsparungen bei den Lohnkosten gleichen die Erhöhung der MWST aus)
- Wenn nötig, muss der Betrag des Grundeinkommens an die Entwicklung der Konsumentenpreise gebunden werden.

Ich bleibe bei meiner Ansicht, auf die Gefahr hin, die vorherrschende sozialdemokratische Doktrin bezüglich der Umverteilung der Einkommen zu verletzen, dass ein Grundeinkommen durch die Abschaffung der Armut und des Elends die öffentliche Hand von der Aufgabe eines weitergehenden wirtschaftlichen und sozialen Schutzes der Bürger weitgehend befreit⁴⁰. Anders ausgedrückt: Wenn in der Schweiz oder anderswo ein Grundeinkommen zu einem ausreichenden Betrag im anfangs erwähnten Sinn eingeführt wird, dann hat der Staat nicht mehr zusätzlich bei der Verteilung der verfügbaren Einkommen einzugreifen.

Nur wenn es sich aufgrund entsprechender Studien oder Erfahrungen als notwendig erweisen würde, die direkte Steuer zur Kofinanzierung des Grundeinkommens herbeizuziehen, müsste diese Option gewählt werden. – Nebenbei schlage ich unabhängig von den Finanzierungsfragen aus den oben aufgeführten Gründen

³⁹ Siehe weiter oben das Kapitel über das Steuerwesen, S. 34 ff.

⁴⁰ Davon unberührt bleibt selbstverständlich die Rolle der Staates im Bereich der öffentlichen Ordnung, der Gesetzgebung und entsprechenden Ausführung, namentlich was die Sicherheit der Personen und der Sachen sowie den öffentlichen Umwelt- und Gesundheitsschutz angeht.

sowieso vor, die gegenwärtige Organisation der direkten Besteuerung zugunsten eines linearen Tarifs aufzugeben, ohne Abzüge und mit einem Steuerfreibetrag von 150% des (hoffentlich bald eingeführten) Grundeinkommens. Hier kann man auch nach und nach zur Umsetzung schreiten und zum Beispiel mit der direkten Bundessteuer beginnen, wonach die Kantone frei sind, dieses System zu übernehmen oder auch nicht.

Schlussfolgerung

Welche Schlüsse ziehen wir aus all dem?

Zunächst ist bei diesem Überblick festzuhalten, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie ich es im Grundsatz analysiert habe, zunächst als problemlos finanzierbares Projekt erscheint, unabhängig vom Betrag (2000 oder 2500 Franken bzw. 30%–38% des BIP).

Allerdings muss man der Klarheit halber diese Feststellung um eine wichtige Bemerkung ergänzen: Auf den letzten Seiten haben wir die Finanzierung der sozialen Sicherheit unter neuen wirtschaftlichen Verhältnissen auf der Grundlage von statistischen Angaben aus der aktuellen Wirtschaft berechnet. Dies ist zweifellos ein fragliches Vorgehen, aber gleichzeitig das einzige, das uns hier möglich ist. In Tat und Wahrheit verändert sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen alles und muss von Grund auf neu gedacht werden, sowohl der Arbeitsmarkt als auch die sozialen Ungleichheiten, der nationale und internationale Handel oder auch die MWST und das Steuersystem ganz allgemein. Zur Beurteilung der Stichthaltigkeit sind die Daten des Alltagslebens, welche heute unsere Überlegungen leiten, nur sehr beschränkt nützlich; es fehlt uns an objektiven Orientierungspunkten. Aus diesem Grund ist die unternommene Demonstration anhand von Zahlen wohl kaum geeignet, sämtliche Skeptiker zu überzeugen.

Vielleicht muss man das Thema in andere Worte fassen. Wollen wir eine andere Wirtschaft als die heutige? Wollen wir anders leben? Solche Fragen sind absolut legitim, auch nach den enttäuschenden Erfahrungen mit Kommunismus und Sozialismus, welche der Vorstellung gangbarer Alternativen zu einer am individu-

ellen Gewinn orientierten Marktwirtschaft wie der heutigen einen Dämpfer versetzt haben. Gleichzeitig reduzierte sich der Handlungsspielraum für die bisher üblichen sozialen Korrekturen erheblich.

Dennoch wird man in einem System, welches immer mehr Leute an die Ränder drängt oder ohne Perspektiven lässt, vor allem im Süden, aber auch in den reichen Ländern des Nordens, neue Lösungen finden müssen. Dies zeigt sich auch bei den Gegenveranstaltungen zu Anlässen wie den G8-Gipfelkonferenzen auf der einen, sowie, auf der anderen, den Zentren der Wirtschaftsmacht näher stehenden Seite, an der Herausbildung von Positionen wie die der nachhaltigen Entwicklung, der Mikrofinanz oder der ethischen Investitionen. Auch hier bewegen sich gegensätzliche Haltungen aufeinander zu, ohne aber wirklich zusammen zu kommen. Ähnlich verläuft es zurzeit mit den Diskussionen um ein Mindesteinkommen in Deutschland. Die Stimmung ist geprägt von Misstrauen, wenn nicht noch mehr.

Persönlich bin ich eigentlich ziemlich erstaunt, dass bisher noch keine einzige jener Initiativen, welche sich mit der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigen, sich einmal zum bedingungslosen Grundeinkommen geäußert hat, und sei es nur, um es in Frage zu stellen. Man kann davon ausgehen, dass heute weder links noch rechts auf der politischen Landkarte noch jemand die Ausbeutung existenzieller Notstände befürwortet (früher hiess das noch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen). Heute dreht sich die Diskussion nur noch darum, bis zu welchem Grad eine solche Ausbeutung reguliert werden soll, um deren übelste Auswüchse zu vermeiden. Davon abgesehen bleibt die Gleichung «Investitionen = Beschäftigung = Wachstum der Kaufkraft» das A und O der Globalisierung, gleich ob alternativ oder nicht bzw. in einem neoliberalen Kontext oder im Sinn von New Labour⁴¹.

Am Rand dieser Globalisierung ist aber rund um den ganzen Erdball auf lokaler und regionaler Ebene ein Netzwerk an unterschiedlichsten Organisationen entstanden, von gut betuchten internationalen NRO mit Sitz in den grossen Metropolen bis zu kleinen Nachbarschaftsassoziationen, welche alternative Arbeitsangebote zur Verfügung stellen für Menschen, die keine «normale» Beschäftigung finden. Man könnte diese Tätigkeitsfelder, ohne jemanden beleidigen zu wollen, als eine Art humanitär-wirtschaftlichen Raum bezeichnen. Humanitär-wirtschaftlich nenne ich ihn deshalb, weil die Betroffenen in diesem Fall nicht von Bürgerkriegen oder Naturkatastrophen betroffen sind, sondern vom sozioökonomischen Ausschluss. Die betreffenden Organisationen stehen mehrheitlich in Kontakt mit privaten Stiftungen oder öffentlichen Institutionen, welche für Finanzen und Aufträge sorgen.

⁴¹ Der Ausdruck «New Labour» bezeichnet die neue Strategie der englischen Sozialdemokraten unter den Regierungen von Tony Blair.

Im lokalen Bereich kann es sich zum Beispiel um ein Amt handeln, das für die Arbeitsbeschaffung bzw. die Wiedereingliederung von Arbeitslosen zuständig ist; international gesehen geht es in der Regel um Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in armen Ländern.

Insgesamt stehen wir vor einem wahren Treibhaus des guten Willens, wo eine gewaltige Arbeit «am Rande» erledigt wird, d.h. da, wo sich die von der Globalisierung am stärksten Betroffenen befinden. Trotzdem herrscht überraschenderweise zu diesen Fragen der existenziellen Erpressung völliges Schweigen. Die zum Ausdruck kommende Kritik richtet sich eher gegen die marktwirtschaftliche Logik als solche und macht sie für alle Übel verantwortlich; als Gegenmittel werden nur der wirtschaftliche Protektionismus und die Einschränkung des Welthandels aufgeführt. Kurz: Die Akteure der humanitären und solidarischen Wirtschaft wehren sich gegen den aktuellen Wirtschaftsliberalismus und seine Auswüchse; gleichzeitig lassen sie aber die wirklichen Schwächen einer Wirtschaft, welche neun Zehnteln der Bevölkerung nur eine Zwangsbeschäftigung anbietet, völlig ausser Acht, ganz abgesehen von der Heuchelei eines Liberalismus, der sich auf Angebote beschränkt, die man nicht ablehnen kann, weil man nämlich gar keine Wahl hat.

Meiner Ansicht nach müsste die Sozialdemokratie heute den Begriff des Liberalismus für sich erobern und den Konservativen aller Lager entgegensetzen, jenen Konservativen, die bereits im 19. Jahrhundert nichts davon wissen wollten; es läge an der Sozialdemokratie, diesen wichtigen Begriff mit ihren Inhalten zu füllen. Das bedingungslose Grundeinkommen könnte den Eckpfeiler für eine neue liberale Politik liefern. Wenn man mit dem Grundeinkommen der gesamten Bevölkerung die freie Wahl der Arbeit ermöglicht, rückt die Freiheit ins Zentrum der Beziehungen unter den Menschen. Der freie Tausch von Gütern und Dienstleistungen erhält eine soziale Legitimität, und folglich befreit das Grundeinkommen auch die wirtschaftlichen Kräfte von den Ketten der übertriebenen Reglementierung und von korporatistischem Protektionismus. Es verschafft den Akteuren der humanitären Wirtschaft eine volle Autonomie gegenüber ihren gegenwärtigen Geldgebern und erlaubt somit auch das Aufkommen einer wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Alternative zur Globalisierung der Erpressung mit der Beschäftigung.

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen!

Für die Freiheit!